

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

51. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 29. Juli 1913

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt, Versammlungs-, Vergütungsliste usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 86

**Bestellungen** auf den „Korrespondent“ müssen monatlich oder vierteljährlich so zeitig bewerkstelligt werden, daß eine Verzögerung in der Auslieferung durch die Post unmöglich wird.

### Aus dem Inhalte dieser Nummer:

**Artikel:** Die Danziger Generalversammlung, XIV. — Das Tarifamt gegen die Dresdner Gewerkschaften. — Die Dresdner Scharfmachereien.

**Gewerkschaftsneu:** Aber die Tagungen verschiedener Zentralkörperschaften.

**Aus dem Genossenschaftsleben:** Die genossenschaftliche Jubiläumstagung in Dresden; Generalversammlung der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine; Die Generalversammlung der Großhandelsvereine.

**Korrespondenzen:** Altwasser. — Ansbach. — Bamberg. — Bielefeld. — Bochum. — Braunsberg. — Bromberg. — Effen. — Hannover. — Kirchberg i. Schl. — Kallerslautern. — Kattowitz. — Magdeburg. — Mühlendorf (Oberharz). — Reutlingen. — Rostenburg o. L. — Schweinfurt a. M. — Siegen. — Ulm-Neuulm. — Weiden. — Weimar. — Wesel. — Jossen. — Zwickau.

**Rundschau:** Ferien! — Ferienverweigerung. — Meisterprüfung. — Otto Becker in Gehrren als Lehrherr vor Gericht. — Öffentliche Meinung. — Zur Werftarbeiterbewegung. — Arbeitsvermittlung für Offiziere im Handel und in der Industrie. — Doppelgängigkeit der örtlichen Gewerkschaftsführer. — Eine Genossenschaft für blinde Handwerker.

## Die Danziger Generalversammlung

### XIV.

Wir kommen nun zu einem Kapitel, das über uns hinaus, „annuitig“ freigezogen hat. Bis in die letzten Tage hinein wurde da einmal wieder gestritten über „Fehlstritte“ der Buchdrucker. In der nächsten wie in dem in übernächster Nummer folgenden Schlussartikel wird in weiteren Abschnitten zu zeigen sein, welche Sorgen diverse Freundesherzen um das Seelenheil der mißleiteten Buchdruckerseelen bedrückt haben. Es war also kein Fehler, daß uns die Tagesnotwendigkeiten zu Unterbrechungen dieser Artikelserie zwangen.

Bei der Statufberatung gab es, wie nicht anders zu erwarten, eine größere Muffung. Es wurde gar manches zu leicht befunden. Gegenwärtig tagt in Effen, alldwo die Gelsucht in ihrer schlimmsten Form heimisch ist, der Gutenbergbund. Nach zwanzig-jährigem Bestehen, Profektionierung und Begönnerung sondergleichen, immer noch ein Dreikaiserloch — ein recht sinkender obendrein — gegenüber dem Verband. Es ist bereits eine ganze Zeit her, daß er die jetzt behaupteten 3400 Mitglieder schon einmal besaß. „Unsre schöne und gerechte Sache“, für die nach Ansicht des „freilichen“ Mannes mit der „umfangreichen Regiftratur“ glühende Begeisterung herrscht, soll in vierägigen Verhandlungen so gefördert werden, daß der Verband ganz und gar zu einer Tranfanzel neben der leuchtenden Sonne Gutenbergbund wird. Die Danziger Arbeit hätte bequemer in vier Tagen erledigt werden können, meinte Trefferer unlängst im „Epp.“. Der zwanzigmal in den Verband aufgehende Gutenbergbund braucht aber selbst vier Tage. Es muß in Effen also entsehrlich viel dummes Zeug geschwätzt werden, damit man die vier Tage ausfüllt. Von unserm Arbeitspensum in Danzig aber schrieb die „Hilfe“ im März: „717 Anträge und Resolutionsen soll die bevorstehende achte Generalversammlung des deutschen Buchdruckerverbandes demnächst in Danzig erledigen. Für eine Arbeitswoche und für 135 Delegierte eine recht anständige Ausgabe.“

Es war in der Tat ein anständiges Deputat von Aufgaben. Von der Statufberatung hat größere Bedeutung, daß mit den halb nach einem größeren

Mitbestimmungsrechte recte auf verschleierte Erweiterung der Delegiertenzahl gerichteten, halb auf Deklassierung der Gaworfler abzielenden Anträgen, indem diese nur beratende Stimme haben sollten, Kurzschluss gemacht wurde. Es bleibt durch großen Mehrheitswillen alles beim alten. Auch hier also, wie schon bei den Vorfländen der Zentralkommissionen, keine Neigung, in unsre demokratische Verfassung Abarten von Senaten oder Herrenhäusern einzuführen.

Zum Teil nicht in diesem Zusammenhang, aber doch zu den organisatorischen Fragen gehörend, seien hier drei Beschlüsse von einiger Erheblichkeit erwähnt. Zunächst der, daß bei Vorliegen mildernder Umstände Vergehen gegen das Statuf und das Wesen der Organisation nicht gleich mit dem Ausschlusse, sondern mit Geld- und Strafen ideeller Natur geahndet werden können. Die Anstellung eines zweiten Kassierers ist nun beschlossene Tatsache. Daß der Posten ausgeschrieben wird, ist selbstverständlich, neu dagegen, daß auf einer Gaworflerkonferenz die Wahl vorgenommen werden soll. Es ist damit noch größere Gewähr gegeben, den rechten Mann zu bekommen, als wenn auf Präsentation des Verbandsvorstandes unter den Gaworflern eine schriftliche Abstimmung über die Kandidaten stattfindet. In der Beschlusse der Gewerkschaftskongresse tritt eine begrüßenswerte Änderung ein. Unter 14 Delegierten unsres Verbandes werden nun auch die kleineren Gawe abwechselnd vertreten sein. Mit einem graphischen Industrieverbande, der in diesem Jahre von den Steindruckern und Lithographen wieder propagiert wird, kann man sich nach wie vor nicht befreunden. Unser Standpunkt ist noch der gleiche wie der auf der Generalversammlung in Hannover eingenommene. Wir verzichten auf die Hilfe künstlicher Brutansfallen, wenn für eine Sache keine innere, drängende Notwendigkeit vorliegt. Die neusten Vorgänge in der Metallarbeiterorganisation machen die Chancen der Industrieverbände wirklich nicht aussichtsreicher.

Dann ist noch ein Punkt, der in Danzig zwar genügend erörtert, aber keineswegs zu einem Prinzipienstreite wurde. Es betrifft die geschaffenen strenger Bestimmungen für die Aufnahme neuer Mitglieder hinsichtlich ihrer technischen Befähigung sowie ihres körperlichen bzw. gesundheitlichen Zustandes. In Danzig erhob nur ein Delegierter Bedenken, und zwar in betreff der technisch gar zu Rückständigen. Aber auch dieser Redner hatte keine grundsätzlichen Bedenken, sondern empfahl das Beispiel der in Amerika bestehenden gewerkschaftlichen Prüfungskommissionen. Das wäre im Grunde jedoch ein noch strengerer Modus, denn diese Kommissionen machen in ziemlich weitgehendem Maße das Vorhandensein beruflicher Kenntnisse zur Voraussetzung der Aufnahme. Bekanntlich erlittete früher auch in unsrer Organisation der Brauch, nur solche Gehilfen aufzunehmen, die das Minimum zu verdienen ohne weiteres imstande waren.

Es besteht bei uns kein Zweifel, daß das enorme Anwachsen des Verbandes diesem auch Gehilfen ausgeführt hat, die ihm in vieler Beziehung ein Hemmschuh sind, auf die auch in kritischen Zeiten kein Verlaß ist, weil sie sich ihrer Minderwertigkeit wohl bewußt sind. So entscheiden wir auch auf bessere Ausbildung der Lehrlinge dringen und den Prinzipalen gegenüber mit Vorwürfen nicht sparen, ihnen auch ob des Gesamters über den Rückgang der

Leistungen einen Spiegel vorhalten, so sind wir hier mehr auf den Weg der Selbsthilfe angewiesen, hat doch der Verband alles auszubaden. Wir wollen was irgend brauchbar ist, nicht abstoßen, aber eine sorgfältigere Auswahl muß stattfinden. Es gibt auch junge Leute, die wohl könnten, wenn sie wollten. Sie werden vielleicht dadurch angepörrt, technisch den billigerweise zu stellenden Anforderungen zu genügen.

Sorgenkinder anderer Art sind die gesundheitlich absolut Untauglichen, die körperlich Gebrechlichen sowie die Taubstummen. Auch hier soll nicht grundsätzliche Abweisung stattfinden, sondern der Verbandsvorstand muß zuvor seine Zustimmung geben haben; es soll also für den Fall eine strengere Prüfung stattfinden. Es kommt hierbei das ganz wesentliche Moment in Betracht, daß eben nicht all und jeder für den Buchdruckerberuf geeignet ist. Das bezieht sich sowohl auf die geistigen wie auf die körperlichen Anforderungen und muß auch vom Standpunkte der idealsten Auffassung und des menschlichsten Empfindens aus eine Selbstverständlichkeit sein. Wer etwa bezweifelt, daß Gebrechliche und Taubstumme in unserm Gewerbe nur sehr schwer vorfinden, der kennt eben nicht die Anforderungen des Buchdruckerberufs. Es sollen durch strengere statutarische Bestimmungen auch nicht falsche Hoffnungen erweckt werden, sondern für Prinzipale wie Eltern zum Ausdruck kommen, daß der Verband nicht für die Schäden aufzukommen gewillt ist, die durch leichtsinnige Einstellungen heraufbeschwoeren werden. Es ist ja gar keine Seltenheit, daß Prinzipale beantragen, Taubstumme oder Krüppel unter den tariflichen Bestimmungen beschäftigen zu dürfen, woran ja schon zu ersehen, daß die Betreffenden sich nicht für die keineswegs leichte Tätigkeit des Buchdruckers eignen. Das alles ist einzusehen von dem, der eben einsehen will. Der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“, über die ja nicht zum ersten Male der Buchdruckerkoller gekommen ist, hat es aber gefallen, augenfällig zu demonstrieren, daß sie nicht zu der letzteren Kategorie zählt. Am 25. Juni knüpfte dieses sozialdemokratische Organ an einen Bericht über unsre Generalversammlung diesen Gallimatthias:

Unsers Erachtens ist es völlig unvereinbar mit dem Gedanken der proletarischen Solidarität, wenn eine Arbeiterorganisation einen Berufsgenossen wegen mangelhafter Ausbildung, Krankheit oder körperlicher Gebrechen nicht aufnimmt. Kann man von einem Arbeiter, der von seinen eignen Kollegen aus finanziellen Gründen als Paria behandelt wird, verlangen, daß er bei Arbeitskämpfen seiner so wenig Solidaritätsgefühl besitzenden Berufsgenossen Solidarität übt? Ein derartiges engherziges, ja, herzloses Verfahren würde die verfeimten, doppelt unglücklichen Proletarier bei Ausständen geradezu zwingen, zum Streikbrecher zu werden. Zumal eine Organisation, die in der Lage ist, ihrem ausnehmend befohlenen Vorfländen zu seinem 25-jährigen Vorstandsjubiläum eine „Ehrengabe in Gestalt einer Briefschale mit nicht zu verachtendem Inhalte“ zu überreichen, sollte nicht auf der andern Seite einen derartigen Krämervorstandpunkt einnehmen. Was die technisch mangelhaft ausgebildeten Buchdrucker anbetrifft, so wäre es Sache des Verbandes, von den Unternehmern zu erzwingen, daß diese ihre Lehrlinge gut ausbilden; es ist im höchsten Maß ungerecht, die schlecht ausgebildeten jungen Leute für die Sünden ihrer Prinzipale verantwortlich zu machen. Abgesehen würde unter dem Begriffe der „mangelhaft ausgebildeten Buchdrucker“ wohl die Hälfte der auf dem Lande ausgebildeten Gehilfen fallen! Der nächste Gewerkschaftskongress wird sich unbedingt mit diesen Beschlüssen befassen müssen. Hoffentlich findet das schäblichste Beispiel des Buchdruckerverbandes bei andern Gewerkschaften keine Nachahmung!

Die fragliche Angelegenheit mit der Ehrung unfres Verbandsvorsitzenden in Zusammenhang zu bringen, ist eine Leistung, die in ihrer Seelengröße damit am besten gekennzeichnet wird, daß nur noch die berühmteste lokalistische „Einigkeit“ das fertig gebracht hat. Daß ein Kollege, der zudem jahrelang Funktionär in unserer Organisation gewesen ist, eine solche Blöße seines Stammes verantwortl. zeichnet, macht den Vorgang noch um einiges widerwärtiger, zumal sich das Kieler Blatt auch in Sachen der Militärmusik als Kapitolshüter produziert hat. Wir kennen aus unserer früheren Tätigkeit Kollegen, die in der Organisation gar keine Rolle gespielt haben, als zeichnende Redakteure von Parteiblättern aber sogar minder schwerwiegende Anwürfe gegen den Verband zu verhindern wußten. Man kann in der Arbeiterpresse häufig bittere Bemerkungen darüber lesen, wie Unternehmer eine 25jährige oder längere Tätigkeit ihrer Arbeiter oder Angestellten zu „ehren“ wissen. Wenn eine Organisation einen Mann, der 25 Jahre an ihrer Spitze steht, der nicht bloß seine physische Kraft, und das nicht nur in der üblichen Arbeitszeit, sondern sein ganzes Ich in den aufreibenden Dienst der Sache stellt, der in der Organisation aufgeht, nun verdienstermaßen würdigt, da findet sich ein Arbeiterblatt, ein solches für beide Teile, den Subilar wie seine „Arbeitgeber“, gleich ehrendes Ereignis durch Glossierungen häßlicher Art „anuerkennen“.

Damit aber nicht genug. Es könnte ja eine Entgleisung vorliegen, wie sie gerade allzu eifrigen oder allzu orthodoxen, von einem gewissen Gottesgnadentum angekränkelten Parteiredakteuren manchmal passiert. Aus dem Kieler Versammlungsbericht in Nr. 84 des „Korr.“ geht nämlich hervor, daß die dortige Mitgliedschaft in einer Versammlung durchaus maßvoll gegen diese Ausfälle protestierte und dies in einer entsprechenden Resolution der Redaktion der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“ zu wissen gab. Damit kam man aber schon an. Ein Bericht über die betreffende Versammlung wurde zwar aufgenommen, aber darunter wurde in dem Bewußtsein päpstlicher Unfehlbarkeit erklärt:

Wir verwahren uns entschieden gegen den Vorwurf der Unvollständigkeit. Unter Bemerkung, daß nicht gegen den Buchdruckerverband, sondern gegen die Beschlüsse dieser Organisation und Mitglied mit den von jenen Beschlüssen betroffenen unglücklichen Proletariern. Von dem, was wir geschrieben haben, nehmen wir nicht ein Wort zurück.

Es ist doch merkwürdig, daß von den 150 Generalversammlungsteilnehmern kein Mensch etwas Empörendes an diesen beiden Beschlüssen gefunden hat. Sie wissen eben, was freilich jene Kieler Redaktion nicht weiß und weshalb sie auch den Mund nicht gar so voll nehmen sollte, daß jahrein jahraus Taubstummen- und anderweilige Erziehungsanstalten ihre zu entlassenden Söglinge vornehmlich in unserm Gewerbe unterzubringen suchen. Dann kommen die aufnahmewilligen Prinzipale und verlangen das Recht einer geringeren Bezahlung usw. Dadurch würde mit der Zeit eine zweite Kategorie von Gehilfen geschaffen, die einmal unsern gewerkschaftlichen Bestrebungen ein nicht unbedeutliches Hindernis werden und für unsre Klassen eine Belastung bilden, die zu einer Angerechtigtheit gegen die andern Mitglieder wird. Deshalb die größere Vorherrschaft bei den Ausnahmen und für solche Gehilfen ein größeres Mitbestimmungsrecht des Verbandsvorsitzenden hierbei. Es ist dadurch auch eine einseitigere Handhabung gewährleistet.

Es ist jedenfalls die Frage angebracht, warum denn gerade die Beschlüsse der Buchdrucker so kritisch gewertet werden. Man dürfte annehmen, daß diese üble Gepflogenheit in der Parteipresse ausgefordert wäre, es kommen aber doch noch Rückfälle vor. Unser Verband wird sich wie früher so auch künftig solchen Einwirkungen widersetzen, wie es ja auch die Generalversammlung der Metallarbeiter lebh. gegen Einflüsse der „Leipziger Volkszeitung“ ganz kategorisch getan hat. Den Gewerkschaftskongress gar für diese Angelegenheit engagieren zu wollen, heißt sich der Lächerlichkeit aussetzen. Im übrigen werden wie die sonstigen so auch diese Beschlüsse zum Statut unserm Verbands nutzbringend sein.

## Das Tarifamt gegen die Dresdner Gewerbekammer

□ □ □ □ □

In die Gewerbekammer zu Dresden hat das Tarifamt unter dem 22. Juli die nachstehende Zuschrift gelangen lassen: Der Bericht der Gewerbekammer Dresden für das Jahr 1912 ist dem Tarifamt soeben zugegangen mit einem besonderen Hinweise auf den Bericht, den die Gewerbekammer dem Ministerium des Innern über die Tarifgemeinschaft der Deutschen Buchdrucker erstattet hat. Dieser Bericht soll nach der Gewerbekammer zustande gekommen sein auf Grund einer Umfrage, die auf Ersuchen des Ministeriums des Innern seitens der Gewerbekammer bei den Buchdruckervereinigungen ihres Bezirkes gehalten wurde. Zweck desselben ist, dem Ministerium des Innern von den Erfahrungen Kenntnis zu geben, die mit der Tarifgemeinschaft der Buchdrucker im letzten Jahrzehnte gemacht worden sind.

Wir behaupten, daß mit diesem Berichte dem Ministerium des Innern eine den Tatsachen nicht entsprechende Darstellung über die Tarifgemeinschaft der Buchdrucker unterbreitet worden ist und werden dies mit nachstehenden Ausführungen beweisen. Im voraus bemerken wir, daß es nicht die Aufgabe des Tarifamts sein kann, allen Unrichtigkeiten dieses Berichts entgegenzutreten, sondern wir halten uns nur für verpflichtet, das richtigzustellende und zu widerlegen, was ausschließlich und unmittelbar die Tarifgemeinschaft und deren Organe betrifft.

Nach dem Berichte der Gewerbekammer sollte dem Ministerium des Innern im besonderen darüber berichtet werden:

I. ob innerhalb der Tarifgemeinschaft der Deutschen Buchdrucker erhebliche Gefahr dafür vorliegt, daß die Gehilfenschaft durch die Handhabung der tariflichen Einrückungen in die sozialdemokratischen Verbände gedrängt wird, und

II. ob die Buchdruckereienternehmer in schwieriger Lage geraten, wenn sie nicht ausschließlich sozialdemokratisch organisierte Gehilfen beschäftigen wollen.

Die Gewerbekammer hat sich dahin ausgesprochen, daß nach der von ihr veranstalteten Umfrage diese beiden Hauptfragen des Ministeriums in bejahendem Sinne zu beantworten sind. Ihre Antwort auf die Frage I begründet die Gewerbekammer wörtlich mit folgenden Sätzen:

Der Verband der Deutschen Buchdrucker hat infolge seines starken Übergewichts alle Antriebe in der Tarifgemeinschaft befehlt. Die Folge davon ist, daß die tariflichen Rechte der Mitglieder des Gutenbergbundes darunter leiden.

Die Gehilfenvertreter in den Tarifschiedsgerichten sind nicht mehr als Mittelspersonen, sondern es trifft die Entscheidung immer wieder auf die Arbeitgeberseite, während die Gehilfenmitglieder nicht gewerbliche, sondern politische Gesichtspunkte maßgebend sind.

Es ist durch eine Tarifbestimmung mußte dem (daß das Dresdner Schiedsgericht gehilfenseitig nur mit Mitgliedern der sozialdemokratischen „Dresdner Volkszeitung“ befehlt ist) Einhalt getan werden, und trotzdem sind auch jetzt noch der Vorsitzende, der Organisationsvertreter und sein Stellvertreter im Schiedsgericht aus der Druckerei dieser Zeitung.

Diese Behauptungen sind durch nichts zu beweisen, sie sind vielmehr durchaus falsch, und darum ist auch die Antwort auf die Frage I zu Unrecht in bejahendem Sinn erfolgt.

Richtig ist vielmehr folgendes:

1. Die Gehilfenmitglieder der Tariforgane werden aus den Reihen der tarifstreuen Gehilfen durch Urabstimmung unter den tariflosen Gehilfen gewählt. Wer die Mehrheit der Stimmen auf sich vereinigt, gilt als gewählt. Da mehr als 93 Proz. der Gehilfen dem Verbands der Deutschen Buchdrucker angehören, so ist es begreiflich, daß auch die Gewählten Mitglieder dieser Organisation sind. Daß die Mitglieder des Gutenbergbundes unter dieser gehilfenseitigen Besetzung der Tariforgane leiden, entspricht nicht den Tatsachen. Wir müssen eine solche Behauptung, für die keinerlei Unterlagen beigebracht sind, insbesondere namens der Prinzipalmitglieder der Tarifinstanzen auf das bestimmteste zurückweisen.
2. Daß für die Rechtsprechung in unsern Schiedsgerichten nach dem Berichte der Gewerbekammer nicht gewerbliche, sondern politische Gesichtspunkte maßgebend sind, ist eine Beschuldigung, die nicht nur für die Gehilfenmitglieder, sondern auch für die Prinzipalmitglieder und den juristischen unparteilichen Vorsitzenden des Tarifamts den Vorwurf der Rechtsbeugung enthält und ebenfalls jeglicher Grundlage entbehrt.
3. Es ist ein Irrtum, daß durch eine Tarifbestimmung der gehilfenseitigen Besetzung des Dresdner Schiedsgerichts Einhalt getan worden sei. Die in Betracht kommende Tarifbestimmung, nämlich, daß aus derselben Druckerei nicht mehr als je ein Mitglied in das Schiedsgericht gewählt werden darf, verdankt ihre Entstehung lediglich dem Bestreben, einen möglichst intimen Kontakt zwischen den Schiedsgerichten und dem Buchdruckergewerbe herzustellen und einer einseitigen, auf einen einzelnen Betrieb ausgerichteten fachtechnischen Beurteilung von Streitfragen vor dem Schiedsgerichte vorzubeugen. Im übrigen gilt diese Bestimmung

nicht nur für die gehilfenseitige, sondern auch für die prinzipalseitige Besetzung der Schiedsgerichte. Politische Gesichtspunkte sind bei Schaffung dieser tariflichen Vorkehrung weder erwähnt worden, noch waren sie jemals maßgebend dafür. Auf Organisationsvertreter ist diese Tarifbestimmung überhaupt nicht anwendbar.

Auch die Antwort, die die Gewerbekammer dem Ministerium des Innern auf die Frage II gegeben hat, und nach welcher die Buchdruckereienternehmer in schwieriger Lage geraten würden, wenn sie nicht ausschließlich Verbandsgehilfen beschäftigen würden, ist falsch und gänzlich beweislos. Wir müssen mit Bedauern feststellen, daß die Gewerbekammer die ihr zugegangenen Mitteilungen an das Ministerium weitergegeben hat, ohne dieselben auf ihre Richtigkeit hin zu prüfen. Die Gewerbekammer und die von ihr befragten Stellen sind nicht in der Lage, den ungemein schweren Vorwurf, der mit dieser Behauptung gegen die Tarifgemeinschaft der Deutschen Buchdrucker erhoben wird, mit Tatsachen zu belegen. Es wäre der Gewerbekammer ein leichtes gewesen, aus dem Deutschen Buchdruckeramt zu entnehmen, daß in der Tarifgemeinschaft der Deutschen Buchdrucker nach der ausdrücklichen Vorschrift des § 10 des Tarifs „die Kondition und deren Dauer nicht von der Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einer Organisation oder Kasse abhängig gemacht werden darf“. Sorgfältig angestellte Ermittlungen hätten ergeben, daß diese Bestimmung von den Mitgliedern der Tarifgemeinschaft auch respektiert wird. Von einer Zwangslage der Prinzipale kann jedenfalls keine Rede sein. Gegenseitige Bestrebungen der Gehilfenschaft würden durch die Tariforgane in durchaus wirksamer Weise abgewehrt oder verhindert werden.

Gegenüber dem Berichte der Gewerbekammer weisen wir nachdrücklich darauf hin, daß die Mitglieder des Gutenbergbundes und nichtorganisierte Gehilfen im Rahmen unserer Tarifgemeinschaft genau das gleiche Recht auf Arbeitslosigkeit haben wie die Verbandsgehilfen, und daß ihnen dieses Recht weder geschmälert wird noch geschmälert werden darf. Wie unzutreffend die Angaben des Berichts der Gewerbekammer in dieser Beziehung sind, beweist der soeben erschienene Geschäftsbericht des Gutenbergbundes für das Jahr 1912. Aus ihm geht hervor, daß im Gegensatz zu der Darstellung der Gewerbekammer „die Mitglieder des Gutenbergbundes unter der Arbeitslosigkeit nicht in gleichem Maße zu leiden haben wie die Verbandsgehilfen“. Auch ist an derselben Stelle zu lesen: „Damit (nämlich mit der geringen Arbeitslosigkeit) ist auch widerlegt die Agitationsläge des Verbandes, daß Gehilfen als Mitglieder des Gutenbergbundes keine Arbeit finden“. Nicht unerwähnt lassen möchten wir noch, daß auch bei den an dieser Stelle zu den Tarifgemeinschaft zehrenden Mitgliedern des Gutenbergbundes, Gutenberginer und nichtorganisierte Gehilfen, sorgfältig nebeneinander, förmlich, physisch die betreffenden Prinzipale niemals in schwieriger Lage geraten wären.

Zu durchaus unrichtigen Ansichten führen würde die Behauptung, daß der Deutsche Buchdruckerverein mit dem Gehilfenverbände „den sogenannten Organisationsvertrag abschloß in dem Glauben, durch Verhandeln mit diesem Gehilfenverband am leichtesten auskömmliche Druckpreise erzielen zu können“. Der Zweck dieses Vertrags ist in seinem § 1 ausdrücklich festgelegt. Es heißt dort:

Der Tarifvertrag bezweckt die Hebung des Buchdruckergewerbes, die Durchführung und Respektierung der tariflichen Rechte und Pflichten der Prinzipale und Gehilfen und die Erledigung aller das Arbeitsverhältnis betreffenden Angelegenheiten, und zwar unter Ausschluß aller politischen und religiösen Fragen, wie dies seitens der vertraglichstehenden Vereine auch bereits in ihren Satzungen festgelegt ist.

Eine ganz selbstverständliche Folge der im § 1 des Vertrags festgelegten Programmpunkte ist die gemeinsame Bekämpfung von Schleuderern im Gewerbe. Das dient nicht nur der im § 1 als Vertragszweck aufgeführten Hebung des Gewerbes, sondern ist die Bedingung dafür, daß der mit der Gehilfenschaft vereinbarte Lohnsatz seitens der Prinzipale auch innegehalten werden kann. Das ist die Wahrheit; die gegenteilige Behauptung kann nur auf Äußerungen von tariffeindlicher Seite beruhen.

Das gleiche gilt von der Ausführung, daß durch diesen Organisationsvertrag der Verband als Vertreter der gesamten Gehilfenschaft behandelt wurde. Wahr ist vielmehr, daß dieser Vertrag die ausdrückliche Bestimmung enthält, daß auch andre Organisationen in diese Vertragsgemeinschaft aufgenommen werden können. Wahr ist ferner, daß auf Wunsch des Gutenbergbundes auch mit diesem ein Organisationsvertrag zum Abschluß kam.

Unrichtig ist auch, daß sich aus diesem Vertragsverhältnis nachteilige Folgen für die Prinzipale oder das Gewerbe ergeben hätten.

Desgleichen, daß lediglich der Verband bei den folgenden Tarifberatungen eine beträchtliche Erhöhung des Lohns, Verkürzung der Arbeitszeit usw. gefordert hätte. In Wahrheit sind diese Forderungen auch von den Mitgliedern des Gutenbergbundes und von nichtorganisierten Gehilfen ebenso nachdrücklich erhoben worden wie von dem Verbands. Der Gutenbergbund hat sogar durch sein Organ früher und auch nach dem Abschluß der letzten Tarifrevision wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß die Gehilfenvertreter im Tarifamt bei den Tarifberatungen nicht genügend die Gehilfeninteressen vertreten hätten, und er macht noch in Nummer 27 des „Typograph“ vom 4. Juli d. J. dem Verband einen Vorwurf daraus, daß

dieser auf seiner im Juni d. J. stattgehabten Generalversammlung durch eine Resolution der Prinzipalität „leider zu verstehen gegeben habe, daß er (der Verband) bei der nächsten Tarifrevision (1916) nicht auf einer Verkürzung der Arbeitszeit beharren werde“. Die Gewerkekammer mag hieraus ersehen, daß die Aufstellung materieller Gehilfenforderungen nicht an eine bestimmte Organisation gebunden ist, sondern daß sich alle Gehilfen in dem Bestreben auf fortgesetzte Verbesserung ihrer Lage durchaus einig sind.

Wie die vorstehenden Stichproben erkennen lassen, hat nach der festen Überzeugung des Tarifamts die Gewerkekammer dem Ministerium des Innern über die Tarifgemeinschaft der Deutschen Buchdrucker einen Bericht erstattet, der nicht nur irreführende, sondern erweislich unwahre Angaben enthält. Der Bericht der Gewerkekammer ist jetzt der Öffentlichkeit übergeben worden. Das Tarifamt sieht sich deshalb gezwungen, unverzüglich diejenigen Schritte zu tun, die es zur Steuer der Wahrheit und zum Schutze der Tarifgemeinschaft für unbedingt erforderlich erachtet. Das Tarifamt wird deshalb die vorstehende Richtigkeit dem Ministerium des Innern zustellen und in den amtlichen Organen der Tarifgemeinschaft zur Veröffentlichung bringen. Hieron sehen wir die Gewerkekammer besonders in Kenntnis. Wir erwarten von der Lokalität der Gewerkekammer, daß auch diese ebenso unverzüglich zu den vorstehenden Erklärungen des Tarifamts Stellung nimmt, dieselben prüft und eine entsprechende Richtigkeit dem Ministerium des Innern über die Tarifgemeinschaft der Deutschen Buchdrucker erstatteten Berichts ebenso unverzüglich folgen läßt.

## Die Dresdner Scharmachereien

Vorausgehend hat das Tarifamt zu dem Dresdner Skandal in scharf abweichender Form Stellung genommen. Selbstverständlich, soweit die Tarifgemeinschaft der Deutschen Buchdrucker von dieser Begeisterungslust und Verdächtigungsmanie betroffen wird. Was das Tarifamt der Dresdner Gewerkekammer sagt, ist wohl noch keiner begutachtenden Stelle in das Stammbuch geschrieben worden. Noch niemals hat aber auch eine befragte Körperschaft die antragende Stelle so gräßlich gefälscht, wie es hier der Fall ist. Das das Tarifamt auch dem sächsischen Ministerium seine Entgegnung zusehen läßt, ist sehr angebracht, denn von der Dresdner Gewerkekammer zu erwarten, daß sie sich mit ihrer der Regierung über die Tarifgemeinschaft der Buchdrucker gegebenen Auskunft nun selbst als Meßler liefert, würde wohl eine Täuschung sein. Die Abwehr des Tarifamts wird sicherlich in der Verbandsgehilfenschaft die beste Aufnahme finden und diesem allseitige Anerkennung eintragen.

Das Tarifamt hat also gesprochen, und das sehr mit Wirkungsvoll. „Der Deutschen Buchdruckervereine, der zu der Dresdner abscheulichen Denunziation auch dann das Wort ergreifen müßte, wenn der Vorsitzende der dortigen Gewerkekammer nicht sein Mitglied wäre, denn der mit dem Verband abgeschlossene Organisationsvertrag ist ebenfalls von dieser denunziatorischen Mache aufs Korn genommen worden, hat man noch nichts vernommen. Wir haben zwar am 5. Juli nochmals (Artikel III über die Danziger Generalversammlung) die Aufmerksamkeit auf die Dresdner Scharmachereien gelenkt, nachdem die der Gewerkekammer schon durch das Schlußwort unfres Verbandsvorsitzenden in Danzig aus dem „Korr.“ vom 26. Juli überall bekannt geworden war. Aber der Sinnes, daß auch die Dresdner Handelskammer sich in einem ähnlichen Sinn, nur in milderer Form, ausgelassen hat, ließ bis jetzt weder die „Zeitschrift“ noch den Deutschen Buchdruckerverein zu einer öffentlichen Stellungnahme kommen. Die „Zeitschrift“ wird als offizielles Organ der Tarifgemeinschaft die voranstehende Zurückweisung der Dresdner Gewerkekammer durch das Tarifamt gleichzeitig mit dem „Korr.“ bringen. Ob sie als Organ des Deutschen Buchdruckervereins noch das Wort zur Kennzeichnung der unerhörten Beschuldigungen gegen die Tarifgemeinschaft wie der Angriffe auf den Organisationsvertrag nehmen wird, steht dahin. Erst aber der Fall ein, daß noch ein halber Straß nach Dresden gerichtet wird, so ist die Liste der verpöhten Gelegenheiten bei der Prinzipalsorganisation doch bereits um eine gravierende Nummer größer. Was nun mit Ach und Krach und Müß und Not noch über diese Dresdner Scharmacherei gelagert werden könnte, hat sich von vornherein um den richtigen Effekt gebracht. Zauderpolitik einerseits und Draufgängertum — neuestens Hamburg — andererseits, dieses seltsame Gemisch kann zu keinem gebührenden Ergebnisse führen, wohl aber könnte es einmal die Tarifgemeinschaft in eine lebensgefährliche Krise bringen.

Der „Korr.“ hat schon für den Verband in Nr. 76 seine Bittenskarik bei den Dresdner Scharmachern abgegeben. Da wir „nicht ganz im Wilde“ sind über diesen Personenkreis, wurden nur zwei Stellen apostrophiert: die Gewerkekammer und ihr Vorsitzender Schröder in kerniger Fraktur, die Handelskammer in weniger kantiger Schrift. Aber absolut nicht mißzuverstehen in beiden Fällen. Außerdem hat ja auch die Generalversammlung in Danzig über das Heidenstück der Dresdner Gewerkekammer ihr Verdikt gesprochen. In Veranlassungen nachher ist auch mehrfach der Dresdner Scharmacherei das gebührende Kompliment gemacht worden. Vom Verband aus ist also zum Schutze der Tarifgemeinschaft und der tariflichen Rechtsprechung gegen böswillige Verdächtigungen wie auch zur Abwehr von Unverschämtheiten gegen unsre Organisation das Erforderliche geschehen. Daß im Deutschen Buchdruckervereine sich bisher noch nicht der Hauch eines Protestes gegen die

von einem scharfmacherischen Radikalismus fondergleichen erfüllten Auslassungen der Dresdner Gewerkekammer bemerkbar gemacht hat, ist vorausgehend schon „gewirdigt“ worden. Wir brauchen also z. B. zu der Infimiation:

Infolge dieser zersetzenden Tätigkeit des Gehilfenverbandes sind bereits seit längerer Zeit zahlreiche Arbeitgeber zu der Überzeugung gelangt, daß ein weiteres Verhandeln mit diesem Verband abzulehnen ist, und die Gewerkschaft gegen die bestehende, vom Verbands beherrschte Tarifgemeinschaft nimmt beständig zu, nur noch zu sagen, daß der schlimmste Streich, der jemals gegen die Tarifgemeinschaft verübt worden ist, nicht eine solche zersetzende Wirkung auszuüben in der Lage war wie die beispiellose Denunziation der Tarifgemeinschaft und unfres Verbandes durch die Dresdner Gewerkekammer bei der sächsischen Regierung. Nicht der Verband führt eine „Entsittlichung der Gehilfenschaft“ herbei, wie es in dem denunziatorischen Dokumente heißt, sondern was die Dresdner Gewerkekammer in diesem vom Stapel läßt, drückt den vorbildlichen Einrichtungen in unserm Gewerbe den Stempel moralischer und rechtlicher Verwilderung auf. Da die Dresdner Gewerkekammer infolge der vom Tarifamt dem sächsischen Ministerium überlieferten einbrucksvollen Widerlegung nun Farbe zu bekennen hat, so wollen wir hier von weiterem absehen. Offenlich geht auch der Dresdner Handelskammer die tarifamtliche Abwehr zu, denn auch von dieser Stelle aus ist die Regierung in Dresden falls informiert worden.

Erfreulicherweise sind noch weitere Pressstimmen gegen den Dresdner Scharmacherechord laut geworden. Einige Beispiele erwähnten wir bereits in Nr. 78. Jetzt kann noch von einer gepfesserten Abfertigung der Dresdner Gewerkekammer berichtet werden. Die „Leipziger Volkszeitung“ besorgte das am 16. Juli in der Hauptsache folgendenmaßen:

Auf diese tendenziöse Frage (die der sächsischen Regierung an die Gewerbe- und die Handelskammern. Red. des „Korr.“) ist denn auch eine Antwort von der Gewerkekammer eingegangen, die derart von Gehässigkeit gegen den Buchdruckerverband und von faulstidigen Lügen über die Tätigkeit der Tarifschiedsgerichte strotzt, daß man sich wirklich wundern muß, wie es eine Gewerkekammer fertig bringt, die Regierung derart tendenziös zu informieren.

Die Gewerkekammer, die ja diesen amtlichen Bericht an das sächsische Ministerium deckt, beschuldigt die Mitglieder der Tarifschiedsgerichte glatt der bewußten Rechtsbeugung. Eine solche Behauptung würde einem sozialdemokratischen Redakteur, wenn sie irgendwelchen Richtern gegenüber erhoben würde, ohne weiteres schwere Gefängnisstrafe einbringen. Leichtfertiger und unvertorener ist so leicht wohl noch nicht verleumdet worden. Irgendwelche Beweise werden nämlich nicht erwünscht.

Im übrigen ist natürlich richtig, daß viele Mitglieder des Buchdruckerverbandes wie anderer gewerkschaftlicher Organisationsorgane der sozialdemokratischen Partei angehören. Was hat das aber mit der Verbandszugehörigkeit zu tun? Jeder hat ja wohl das Recht, einer politischen Partei anzugehören. Die Gewerkschaften nehmen jeden auf, der sich verpflichtet, das Statut der Gewerkschaft zu befolgen.

Eine Regierung aber, die ein so verleumderisches Machwerk wie die Eingabe der Gewerkekammer Dresden zur Unterlage für irgendwelche Maßnahmen benutzte, würde sich in allerhöchster Weise gegen die ihr durch ihr Amt auferlegten Pflichten verüßigen. Das möchte sich die sächsische Regierung zur Notiz nehmen.

Zum Schutze der Eingabe wird diese nämlich gebeten, und das ist wohl der Zweck der ganzen Abung, ihre Schuld den gelben Gutenbergsbündlern zuzuwenden und sie mit allen Mitteln zu fördern. Es wird noch angedeutet, daß es im Interesse der Unternehmer liege, wenn zwei gleich starke Gehilfenverbände existieren.

Das glauben wir gerne. Zumal, wenn der eine davon nichts weiter wie eine unternehmerfreundliche gelbe Organisation wäre. Die „Leipziger Volkszeitung“ trifft in scharfer Form das Richtige. Das Gebahren der Dresdner Gewerkekammer verdient die stärkste Verurteilung. Möge sie sich das hier Gelagte an den Spiegel stecken.

Nun ist es über alle Maßen bezeichnend, daß der so derb ausgelegten Dresdner Gewerkekammer beizupringen ein andres Arbeiterblatt fertig brachte. Selbstverständlich ist „Arbeiterblatt“ hier mit dicken Gänsefüßchen zu versehen. Wie nicht anders zu erwarten, ist es der „Typograph“, das schamloseste Papier, das jemals Arbeiterinteressen zu vertreten vorgegeben hat. In der Nummer vom 11. Juli, in einem längeren Gepeidel über unsre Generalversammlung, wird dieses den christlichen Gedanken geradezu ausschüßende „Arbeiterblatt“ dem jetzt so fleißig geübten Denunziantenhandwerk in folgender Weise gerecht: Der Bericht sagt also nach dieser Richtung nichts Neues, er sagt Dinge, die nicht zu leugnen sind, und für die wir schon Material in Hülle und Fülle gebracht haben.

Dem Verbands wurde wieder einmal die Wahrheit gesagt, sofort verwechselt der „Korr.“ Verband und Tarifgemeinschaft und schreit nach Hilfe.

Man braucht gewiß nicht alles zu unterschreiben, was in den Dresdner Berichten ausgeführt wird. Besonders, was zu der Zurückhaltung der Leistungen gelangt wird, ist unfres Erachtens zu weit gegangen und zu sehr verallgemeinert. Aber deshalb, weil der sozialdemokratische Buchdruckerverband, der nachgewiesenermaßen Mißbrauch mit den tariflichen Ein-

richtungen freist, angegriffen wurde, sollen sofort Deutscher Buchdruckerverein (Prinzipalsverein) und schließlich tarifliche Instanzen wieder eingreifen und den Verband in Schutz nehmen. Wir werden sehen, ob die Sille wieder funktioniert. Ist es der Fall, daß man wieder leugnet und den Verband in Schutz nimmt, dann wert e wir — so ungern wir es tun — dazu beitragen, die nötigen Beweismaterialien zu veröffentlichen. Wir kennen das Material der Dresdner Berichterstatter nicht. Aber wir haben aus fast allen Gauen Material in Hülle und Fülle. Der Verband soll sich dann wundern. Das ist die Prostitution einer gelben, doppelt gelben Gewerkschaft mit christlichem Anhängelschilde! Das ärgste Denunziantengeheißel kann kein Meßler nicht besser verstehen.

Wenn die Prinzipalität oder wenn das Tarifamt gegen die (unglaublichen) Dresdner Verdächtigungen Protest einlegen sollten — so ist doch der Sinn der im „Typ.“ in Aussicht gestellten Aktion —, dann wird das Bündlerorgan, „dazu beitragen“, der sächsischen Regierung zu beweisen, daß die Dresdner Gewerkekammer mit ihren alles Da-gewesene übersteigenden Behauptungen dennoch recht hat. Die nötigen Beweismaterialien würden dann veröffentlicht, also Prinzipalität und Tarifamt Lügen gestraft werden. Da weiß man ja nicht mehr, was das stärkste ist: die hiermit ausgesprochene Provokation oder die in Aussicht gestellte Denunziation. Auf diese Verleibung kann die Dresdner Gewerkekammer sich wirklich etwas einbilden!

Nun hat ja das Tarifamt den Gutenbergsbund in seiner Entgegnung sehr gut eingewickelt. Mit den eignen Worten aus dem bündlerischen Jahresberichte und dem „Typ.“ wird das tolle Zeug in dem Gewerkekammerberichte vorzüglich abgetan und sonst überzeugend das Gegenteil der erhobenen verleumderischen Anschuldigungen attestiert. Man kann wohl gespannt sein, wie der „Typ.“ seine freiwillige Rolle als Kronzeuge für die sächsische Regierung resp. eine ausnahmerechtliche Behandlung der Tarifgemeinschaft der Buchdrucker auszuführen gedenkt.

Die in der Tarifausschüßigung im April d. J. von unserm Vorsitzenden vollzogene und dann von der Prinzipalsverwaltung etwas gelinder sorgfältige Stämpfung des Gutenbergsbundes und seines Organs hat also noch nicht gezogen. Die dann von sämtlichen Prinzipalsvertretern des Tarifausschusses verfaßte Erklärung resp. Widerlegung der in der „Sächsischen Volkszeitung“ und andern Zentrumsorganen gebrachten Berichtserstattung über die Aprilfassung des Tarifausschusses, die sicherlich auf den Gutenbergsbund zurückführt, hat man auch nicht als moralische Ohrfeige empfunden. Es soll noch besser kommen: man will dazu beitragen, daß die nötigen Beweismaterialien für die Behauptungen der Dresdner Gewerkekammer veröffentlicht werden! Galt könnte man meinen, es bestche zwischen der denunzierenden Stelle und der sich als Kronzeuge mit „Material in Hülle und Fülle“ anbietenden mehr als ein bloßer Gellungs-konflikt. In der Tat gehen in Dresden auch „Gellungskün.“, daß der Buchdruckerbesteller Schröder, der Vorsitzende der Dresdner Gewerkekammer, nicht selbst der Verfasser jener haarsträubenden Dinge ist. Wir wollen diesen Andeutungen jetzt nicht weiter nachspüren, es kommt schon noch Licht hinter die Sache.

Das Beiragen zu solchen Heidenstücken fällt dem „Typ.“ erwiesenermaßen nicht schwer. Der Materiallieferant zu sein zu der an die sächsische Regierung gelangenden und von dieser ausgegriffenen und hier die Grundlage bildenden Denunziationsproshire „Buchdruckeramt und öffentliches Interesse“, hat das Bundesorgan selbst zugegeben. Das christliche Metallarbeiterblatt, das in der gleichen Druckerei hergestellt wird, wo jene Proshire herauskam, nämlich in der Duisburger christlichen Arbeiterdruckerei, hat sogar mit aller Deutlichkeit den Gutenbergsbund als Herausgeber dieser Sudelei bezeichnet, was vom „Typ.“ nur immer gewunden bestritten wurde, trotzdem es in seinen eigenen Spalten zu lesen stand. Es würde also wohl wieder ein solcher verhängener Weg gewählt werden, um „die nötigen Beweismaterialien“ an das Tageslicht zu bringen, d. h. die Tarifgemeinschaft und die tariflichen Organe zu denunzieren und in den Schmutz zu ziehen. Ob das der Tarifausschub dann mit einer bloßen Standrede an die Adresse des so sehr sympathischen Herrn Thraner bewenden lassen wird, möchten wir jetzt schon bezweifeln. Den „Typ.“ nach alledem unlangst an den Verband die Frage richten zu hören: „Wie denkt man sich bei der nächsten Tarifrevision, bei einem Konflikte das Zusammenarbeiten?“ ist wohl der Gipfel der Unverschämtheit. An und für sich beantwortet sich einer gelben Gewerkschaft gegenüber diese Frage ja sehr leicht, aber nicht einmal dazu liegt für uns Veranlassung vor — aus Gründen der Moral und der Keilichkeit!

Das Arbeitgeberverbandorgan hat neulich diese Gesellschaft — es gibt noch einen treffenderen Ausdruck — unsrer Organisation als das Muster von Becheidenheit hingestellt, indem an unsre Adresse die Mahnung gerichtet ward, die Verbandsgehilfen sollten eine „einstichsvollere Haltung“ gegenüber den Prinzipalen einnehmen, sollten „nicht stets für den Ablauf jeder Tarifperiode die Bewilligung neuer, immer weitergehender Forderungen oder den Kampf in Aussicht stellen“, nicht von Tarifperiode zu Tarifperiode die Prinzipale mit schier unerwünschten materiellen Zugeständnissen belassen wollen“, dann würden diese nicht zu überflüssigen Anschaffungen von Maschinen schreiben, dann gäbe es quasi auch keine technische Entwicklung mehr, und dann würde auch im Verband, abgesehen von vielleicht andern Momenten, „die Arbeitslosenziffer sich der des vielgemächlichen Gutenbergsbundes nähern“. Wenn es auch nicht so ganz stimmt mit dieser beifalls-würdigen Becheidenheit, denn der Gutenbergsbund und sein Organ haben schon mehrfach wenigstens mit dem Munde weisgehende Forderungen vertreten — auch nach der Danziger

Generalversammlung wieder, worauf die Abwehr des Tarifamts aufmerkamer macht —, so ist diese Einschätzung des Gutenbergbundes als gegenwärtiger Fiskus durch den „Arbeitsgeber im Druckgewerbe“ doch eine famole Charakterisierung dieses „christlichen“ Gabelgewächses. Daß es von der Dresdner Gewerkekammer ebenfalls lebhaft akklamiert wird, macht das schöne Bild von diesen teils als Reaktionäre mit offenen Armen aufgenommenen Musterchristen erst vollständig.

Der Jahresbericht der Dresdner Gewerkekammer läßt durch seinen Schlusssatz: „nach diesen uns gewordenen Auskünften, die nach den von uns gemachten Erfahrungen den Tatsachen entsprechen“... „im letzten Jahrzehnte mit der Buchdruckerartfiskgemeinschaft sehr unglückliche Erfahrungen gemacht worden sind“ (eine Behauptung, die nachweisbar in jedem Beschrift unzutreffend ist Red.), die Herkunft dieses Gutachtens noch fragwürdiger erscheinen, als sie ohnehin ist. Daß über die Verlässlichkeit dieses Teils des Berichts eine ganz eigenartige Version besteht, ist schon angedeutet worden; wir scheiden dieses Moment hier aus. Ist denn aber aus den Reihen der Dresdner Prinzipalität die Beantwortung der von dem sächsischen Ministerium gestellten Fragen so ausgefallen, daß sowohl die Gewerbe- wie die Handelskammer in Dresden ihre Urteile dahin zusammenfassen konnten, wie sie nun öffentlich bekannt geworden sind?

Vor uns liegt der Jahresbericht 1912 der Innung Dresdner Buchdruckerbesitzer, die 100 Mitglieder im Stadtgebiete zöht. Diese 100 Firmen können in erster Linie für das Gutachten der Gewerkekammer in Frage. In dem Innungsjahresbericht heißt es nun:

Unter Zustimmung der Versammlung hat die Innung hierauf der Gewerkekammer rüchthaltlos die gewünschte Auskunft in folgendem Sinn erteilt: Die Tarifgemeinschaft als solche ist dem Buchdruckgewerbe nicht schädlich, ihre straffe Durchführung ist vielmehr erzieherisch für Prinzipale und Gehilfen. Sie festgelegt, allgemeiner gütigen Löhne entgegen der Schmuckkonkurrenz bis zu einem gewissen Grade den Boden. Die Wirkungen des im Jahre 1906 abgeschlossenen Organisationsvertrags werden schwer empfunden, wenigstens es zu weit geht, wollte man alle Gehilfen als sozialdemokratisch organisiert betrachten. Eine große Gefahr für Prinzipale und Gehilfen ist darin zu erblicken, wenn sich Auswüchse in bezug auf Zurückhaltung der Leistungen gegenseitig bemerkbar machen. Die Kenntnis dieses Jahresberichts verdanken wir einem Zufalle, der nicht einmal mit dem Herkunftsorte dieser Auslassungen etwas zu tun hat. Die Dresdner Innung resp. die Dresdner Prinzipalität steht nicht in dem Verdachte der Harmonieüberlei in puncto Tarif und Verband. An einer andern Stelle heißt es ja, die stärkere Betonung des Prinzipalsstandpunktes habe freudige Genugung gefunden. Man kann sich schließlich auch denken, daß die vom Kreise II im 25jährigen Bestehen dieser Innung (Januar 1911) eingegangene Gratulation, in der sich die bezeichnende Stelle befindet:

Der Geist, der die Gehilfen zu jener Zeit bei ihrem Bestreben, sich gegen die Wechselfälle des Lebens zu sichern, belebte, sieht angenehm ab von der sozialistischen, revolutionären Denkweise der Gehilfen unserer Zeit, in Dresden nicht gerade auf Unverständnis gestoßen ist. Die Annahme ist also nicht unberechtigt, daß der Wortlaut der Auskunft — es heißt ja, sie wäre „in folgendem Sinn“ erteilt — ein etwas anderes gewesen ist. Er kann umfangreicher und kann auch schärfer sein. Aber von den in Dresden üblichen Anschauungen bis zu der ungeheuerlichen Auffassung im Gewerkekammerberichte ergibt sich trotzdem keine Parallele.

Wir können für diese unsre Ansicht noch einen andern Umstand anführen. Die Gewerkekammer führt auch als schweres Geschick ins Feld, daß das Dresdner Tarifschiedsgericht „seitens der Gehilfen viele Jahre nur mit Mitgliedern aus der sozialdemokratischen „Dresdner Volkszeitung“ besetzt“ war und jetzt noch der Vorsitzende, der Organisationsvertreter und sein Stellvertreter im Schiedsgericht in dieser Druckerlei beschäftigt sind. Von einer solchen Klage befindet sich nun im Innungsberichte kein Wort. Da der Prinzipal Schröder, der Gewerkekammervorsitzende, 17 Jahre Vorstandsmitglied bzw. stellvertretender Vorsitzender der Dresdner Buchdruckerinnung gewesen ist, so läge es doch nahe, daß er gegen das, worüber der unter seiner Verantwortung herausgegebene Jahresbericht der Gewerkekammer so beweglich klagt, auch in der Innung fortgesetzt seine Stimme erhoben hätte, und daß dann wenigstens in dem Gutachten der Innung auf die von der Regierung gestellten Fragen ein Niederschlag zu finden wäre. Das ist indes nicht der Fall. Nicht einmal eine Andeutung findet sich vor. Die Innung scheint vielmehr von dem Rostkoller nicht befallen zu sein, denn unter ihren Mitgliedern figurieren laut Jahresbericht für 1912 auch die Inhaber der Druckerlei der sozialdemokratischen „Dresdner Volkszeitung“. Der Vorsitzende des Innungsgehilfenausschusses ist gleichfalls in diesem Betriebe beschäftigt. Für einen Zusammenhang zwischen dem der sächsischen Regierung von der Gewerkekammer erstatteten grundsätzlichen, von der obersten Tendenz diktierten Gutachten und dem in der gleichen Angelegenheit von der Innung der Gewerkekammer abgegebenen Urteile lassen sich Anknüpfungspunkte also nicht auf finden.

Nun ist aus dem Jahresberichte der Gewerkekammer zu entnehmen, daß für das omnibuse Gutachten die Druckereien des Bezirks der Kreishauptmannschaft Dresden in Betracht kommen, also nicht die der Stadt Dresden allein. Es sind das 260 tariffreie Firmen. 165 von den 260 Tarifdruckereien in der ganzen Kreishauptmannschaft befinden sich in Dresden. Es ist also nicht anzunehmen, daß die auswärtigen Druckereien den Ausschlag für das Gewerbe-

hammergutachten abgegeben haben könnten. Es ist auch ausgeschlossen, daß die 126 dem Deutschen Buchdruckervereine nicht angehörenden Firmen die Mehrheit für dasselbe gebildet haben, denn diese Druckereien stehen entweder den Fragen der Gewerkepolitik vollständig fern oder sie sind alles andre als kritisch gesinnt gegen die Tarifgemeinschaft oder den Verband.

Es erhebt sich nun die Frage, ob die der Gewerbe- wie der Handelskammer gewordenen Auskünfte aus den Kreisen der Prinzipalität in der Kreishauptmannschaft resp. dem Handelskammerbezirk Dresden wirklich so gelaufen haben, daß daraus zwei Gutachten an das Ministerium erstattet werden konnten, die die Dinge vollständig auf den Kopf stellen! Das Tarifamt fertigt nur die Gewerkekammer ab, trifft aber mit seiner vorzüglichen Widerlegung auch die Handelskammer. Wir haben in Nr. 76 die Erwartung ausgesprochen, die Dresdner Prinzipalität werde die Gewerkekammer mit ihrem Gutachten desavouieren — nichts ist geschehen! Jetzt ist von uns zitiert worden, was die Innung der Gewerkekammer geantwortet hat — wird jene weiter schweigen zu der Entstellung ihres Gutachtens? Nun das Tarifamt die den Tatsachen absolut nicht entsprechende Darstellung über die Tarifgemeinschaft in das richtige Licht gerückt und die Anschuldigungen gegen die Tariforgane nachdrücklich zurückgewiesen hat, muß in Dresden Farbe bekannt werden.

Die Dresdner Schärffmachereien sind gerichtet, der als Schilling ausgeplottete Gutenbergsbund nicht minder. Nun gibt es nur zweierlei: Entweder das Gutachten der Gewerkekammer desavouieren und seinen Verfasser preisgeben oder sich durch Schweigen als mitschuldig bekennen!

## □□□□ Gewerkschaftsrevue □□□□

Die Betrachtung der Vorgänge bei der Werftarbeiterbewegung an dieser Stelle hat die Berichterstattung über andre bedeutungsvolle Ereignisse im Gewerkschaftsleben etwas verzögert. In erster Linie kommen hier die in den letzten Wochen stattgehabten Tagungen verschiedener Zentralverbände in Frage. Neben den Buchdruckern hatte eine stattliche Reihe freier Gewerkschaften ihre Generalversammlungen oder Verbandstage in der Rosenmonat verlegt. Es waren die Verbände der Sutarbeiter, der Buchbinder, der Metallarbeiter, der Glasarbeiter, der Porzellanarbeiter, der Töpfer und der Maler. Außerdem fand eine Chemigraphenkonferenz Mitte Juni in Berlin statt, die hauptsächlich die Vorbereitungen zu der in diesem Jahre fälligen Revision des Reichsarbeitsgesetzes für Deutschlands Chemigraphen und Kupferdrucker weiterzuführen hatte, welche im Vorjahre von einer Genauer Chemigraphenkonferenz in Angers, genommen, worden waren. Wir müßten es uns natürlich versagen, über alle die vorgemachten Verbandstage hier eingehend zu berichten. Es kann sich vielmehr nur darum handeln, die wichtigsten Beschlüsse zwecks allgemeiner Orientierung im Gewerkschaftsleben sinngemäß wiederzugeben.

Auf dem Verbandstage der Sutarbeiter in Berlin wurde die Beschlußfassung über die Verschmelzung mit den Verbänden der Blumenarbeiter und der Kürschner als noch nicht sprudrig hinausgeschoben. Wegen der dauernden Leistungsfähigkeit der Invalidentasse des Verbandes waren Bedenken aufgetaucht, da der Beitritt zu diesem Unterstützungszweige fakultativ ist und heute schon die Zahl der Bezugsberechtigten in einem ungünstigen Verhältnis zu den steuernden Mitgliedern steht. Die Obligatorisierung des Beitritts wurde indes abgelehnt und beschlossen, die Invalidentasse dadurch langsam eingehen zu lassen, daß neue Mitglieder nicht mehr aufgenommen werden. Die Beitrittsfrage erfuhr infolgedessen eine Neuregelung, als alle Zahlstellen verpflichtet wurden, Lokalbeiträge von mindestens 10 Pf. wöchentlich für männliche und 5 Pf. für weibliche Mitglieder einzuführen. Dadurch soll gleichzeitig die Aufnahme der Sammelstellen usw. bei Streiks angestregt werden. Die Arbeitslosenunterstützung soll in Zukunft außer nach Beitragsklassen auch nach der Mitgliedschaftsdauer gestaffelt werden. Die Reiseunterstützung erfuhr eine Erhöhung von 80 Pf. auf 1 Mk. pro Tag. Der Verbandstag beschloß neben der Revision der Unterstützungseinrichtungen noch die energische Förderung des Tarifvertragswesens und eine den Zeitverhältnissen entsprechende Neuregelung der Gehaltskala für die Angestellten.

Der zwölfte Verbandstag der Buchbinder fand in Stuttgart statt. Aus dem Geschäftsberichte des Verbandsvorstandes ging hervor, daß die Mitgliederzunahme in den letzten drei Jahren rund 8000 betrug. Die Finanzgebahrung ist eine besonders günstige; der Vermögensbestand der Hauptkassa stieg trotz bedeutender Ausgaben für die verschiedensten Organisationszweige von 433363 Mk. auf über 900000 Mk.; er hat sich also mehr als verdoppelt. Die Mitgliederzahl beträgt 32373, davon sind 15979 weibliche. Die Gesamteinnahmen des Verbandes betragen in den letzten drei Jahren 2106927 Mk., die Gesamtausgaben 1658484 Mk. Das Verhältnis zu den übrigen graphischen Organisationen wurde als ein durchaus freundschaftliches bezeichnet. Die tatsächlichen Ausführungen des Vorsitzenden über die Lohnbewegungen des Verbandes gipfelten in dem ganz bestimmten Verlangen, daß bei Lohnbewegungen unbedingt von vornherein eine Vertretung des Hauptvorstandes zuzuziehen ist. Die Inerhaltung dieser selbstverständlichen Anforderung ist in verschiedenen Fällen sehr zum Schaden der betreffenden Zahlstellen ausgefallen. Im übrigen wurde die Notwendigkeit betont, die finanzielle Küftung in vollkommener Weise durchzuführen, um allen Eventualitäten

gewappnet gegenüberzutreten. Bei der Besprechung des Punktes „Lohnbewegung“ wurde zum Ausdruck gebracht, daß in den Tarifverträgen festgelegt werden möge, was Frauen- und was Gehilfenarbeit ist. Der freie Sonnabendnachmittag dürfe nicht auf Kosten der Arbeitszeit an den übrigen fünf Wochentagen erfreut werden, ebenso sollten nicht alle Tarife zu gleicher Zeit ablaufen. Am Schlusse des Jahres 1912 bestanden deren 130 für 2169 Betriebe mit 33108 Beschäftigten. Davon lauten 1916 31 Tarife für 752 Betriebe mit 18217 Beschäftigten ab. Zu den Beratungen über die Erneuerung des Dreifachtarifs (Berlin, Leipzig, Stuttgart) soll der Verbandsvorstand Vertreter aus den größeren Orten bzw. Bezirken zuziehen. Die Regelung der Beitrags- und Unterstützungssache mußte wiederholter Kommissionsberatung unterzogen werden, da die Delegierten einer Beitragserhöhung nicht sympathisch gegenüberstanden. Vom Hauptkassierer wurde festgestellt, daß die Ausgaben für weibliche Mitglieder höher liegen als die von ihnen geleisteten Beiträge. Schließlich kam ein Kompromiß zustande, die Beiträge nach dem Verdienst zu bemessen. Danach zahlen weibliche Mitglieder mit einem Wochenverdienste bis zu 8 Mk. 20 Pf., über 8 Mk. 25 Pf., über 12 Mk. 35 Pf. Beitrag. Männliche Mitglieder zahlen bis 8 Mk. Wochenverdienst 20 Pf., über 8 Mk. 30 Pf., über 12 Mk. 40 Pf., über 15 Mk. 50 Pf., über 24 Mk. 80 Pf. Die Einführung einer neuen Beitragsklasse hatte eine Neuregelung der Unterstützungssache zur Folge. Eine vom Vorstand eingebrachte Vorlage über die Versicherung der Verbandsfunktionäre fand einstimmige Annahme. Ferner wurde beschlossen, in allen Gauden Agitationsauschüsse einzusetzen. Eine Anzahl von Anträgen bezog sich auf die Errichtung eines graphischen Industrieverbandes. Obwohl betont wurde, daß der Buchbinderverband nach wie vor auf dem Boden des Zusammenchlusses aller graphischen Organisationen stehe, fanden doch alle die Verschmelzung gerichteten Anträge kurzherdige Ablehnung. Die Regelung der Gehaltsfrage für die Angestellten des Verbandes wurde dem nächsten, in Düsseldorf stattfindenden Verbandstag überwiesen. Der Vorstand wurde beauftragt, zur rechten Zeit eine Vorlage auszuarbeiten. Die Wahlen zum Verbandsvorstand und der Redaktion brachten keine Veränderung in der bisherigen Befehung der einzelnen Posten.

Der Deutsche Metallarbeiterverband, die größte gewerkschaftliche Organisation der Welt, hielt seine elfte Generalversammlung in Breslau ab. Der Verband wies Ende 1912 in 454 Verwaltungsstellen 561547 Mitglieder, darunter 27876 weibliche, auf. Aus dem in zwei umfangreichen Jahresbüchern vorliegenden Berichte des Vorstandes geht hervor, welche emisse Tätigkeit der Verband in den letzten beiden Jahren entwickelt hat. Am Schlusse der Berichtsperiode betrug das Vermögen 11370379 Mk., hierzu kamen noch die Vermögensbestände der Lokalkassen in Höhe von 5133641 Mk. Die Einnahmen der Hauptkassa betragen im Jahre 1911 rund 16 Millionen, im Jahre 1912 18,5 Millionen Mark. Von den gewaltigen Ausgaben für die wöchentliche Posten „genannt“ es wurden ausgegeben im Jahre 1912 für Erwerbslose infolge Krankheit 3435105 Mk. und infolge Arbeitslosigkeit 1690529 Mk.; an Streikunterstützung 2342256 Mk.; an Reisegeld 344245 Mark; an Neuregelung der Unterstützung 177293 Mk. Die einmal wöchentlich erscheinende „Metallarbeiterzeitung“ erforderte einen Aufwand von 397508 Mk. Die zur Erhaltung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen geführten Kämpfe waren recht umfangreich. An Tarifverträgen bestanden Ende 1912 1084 für 13973 Betriebe und 176795 Personen. Aus dem mündlichen Berichte des Vorsitzenden Schliche ging hervor, daß die Metallarbeiter nach wie vor auf dem Boden der Betriebsorganisation ständen. Es sei erklärlich, wenn in einer so großen Organisation Vorstand und Mitglieder sich nicht immer einig seien. Man dürfe sich vom Unternehmer nicht den Zeitpunkt des Kampfes diktiert lassen, die Arbeitsnachweise der Unternehmer seien aufs nachdrücklichste zu bekämpfen. Bei der Frage der täglichen oder der nur wöchentlichen Arbeitszeitverlängerung (freier Sonnabendnachmittag) müsse man der täglichen Verkürzung den Vorzug geben. Sichtlich der vorliegenden Anträge betreffend den Besuch der Partei- schule warnte der Verbandsvorsitzende vor einer Überschätzung dieser Institution. Im Zusammenhang mit diesen Anträgen steht ein Vorschlag aus der Generalversammlung der Metallarbeiter, der in weiten gewerkschaftlichen Kreisen berechtigtes Aufsehen erregte. Die Mandatsprüfungskommission beantragte nämlich, einem Verlangen des Leipziger Zentralwahlkomitees stattgebend, die Mandate der acht Leipziger Delegierten für unglücklich zu erklären, weil in der „Leipziger Volkszeitung“ eine unklare Agitation zu den Wahlen der Generalversammlungsdelegierten getrieben worden sei. Nach einer heftigen Debatte, deren Verlauf im einzelnen heute noch in den Kreisen der Leipziger Metallarbeiter hohe Wellen schlägt, beschloß die Generalversammlung in namentlicher Abstimmung mit 212 gegen 50 Stimmen dem Antrage der Mandatsprüfungskommission entsprechend. Durch diesen wohl beispiellosen Vorgang im Gewerkschaftsleben blieben die Leipziger Mitglieder des Verbandes auf der Generalversammlung unverfeert. Die Diskussion über den Geschäftsbericht war kurz und sachlich, sie zeigte im großen und ganzen die Zufriedenheit der Delegierten, die außer den 13 Bezirksleitern in einer Stärke von 264 vertreten waren. Die zum Vorstandsberichte gestellten Anträge wurden zumteil dem Vorstande zur Berücksichtigung überwiesen. Die Beschickung der Partei- schule durch den Verband wurde abgelehnt und über einen Antrag, die Masseler mehr als bisher zu propagieren, zur Tagesordnung übergegangen. Nach Erlebigung der Geschäftsberichte folgte ein Referat des Verbandssekretärs Maßfaher: „Sondikate, Kartelle und ihr Einfluß auf die Arbeitsverhältnisse“. Der Vorstand wurde beauftragt, das sehr ausführliche Referat in Broschürenform der weitesten

Öffentlichkeit zugänglich zu machen. In geschlossener Sitzung wurde über das Koalitionsrecht, die Handhabung des Reichsvereinsgesetzes und deren Wirkung auf die organisierte Arbeiterschaft verhandelt. Den Mittelpunkt der Generalversammlung bildete die Statutenrevision. Da der Drang nach einer Staffelung der Beiträge immer mehr zutage tritt, wurde eine eilgedrängte Kommission eingesetzt, die eine Vorlage zwecks Einführung von Staffelleistungen auszuarbeiten und diese der nächsten Generalversammlung, die 1915 in Köln a. Rh. stattfinden, vorzulegen hat. Die Reiseunterstützung wurde von 1 Mk. auf 1,25 Mk. pro Tag erhöht und die Bezugsdauer auf 60 Tage ausgedehnt. Die Bezugsberechtigungsdauer bei allen übrigen Unterstützungsarten wurde von 52 auf 72 Wochen verlängert. Die Einführung der Invalidenunterstützung wurde abgelehnt. Von den sonstigen Beratungsgegenständen sei noch erwähnt die vollständige Reformierung der Gehaltskala für die Angestellten je nach Ort und Art der Beschäftigung, womit die Metallarbeiter an die Spitze aller Gewerkschaften treten. Außerdem wurde beschlossen, dem Verbandsvorstand ein Gehalt von 4800 Mk. zu zahlen, den übrigen besetzten Vorstandsmitgliedern sowie den Redakteuren der „Metallarbeiterzeitung“ ein Gehalt von 4200 Mk. Auch das Gehalt der Bevollmächtigten der Verwaltungsstelle Berlin soll auf 4200 Mk. steigen. An Ferien werden gewährt: Bei einer Dienstzeit bis zu 10 Jahren pro Jahr 14 Tage, bei 10—20 Jahren 3 Wochen und bei mehr als 20jähriger Dienstzeit 4 Wochen. Die Beiträge für die Angestelltenversicherung wurden auf die Verbandskasse übernommen; außerdem bleibt die Unterstützungskasse für Verbandsfunktionäre (angestellte und nichtangestellte) bestehen. In der bisherigen Zusammenfassung des Vorstandes, der Redaktion und des Ausschusses trat keine Änderung ein.

Zum Schluß sei noch ein Streiflicht auf den im Vormonat in Leipzig abgehaltenen Keramarbeitertag geworfen. Die Verbände der Glas- und Porzellanarbeiter sowie der Töpfer trafen im Laufe ihrer Verbandssitzungen zu einer gemeinsamen Tagung zwecks Gründung eines Keramarbeiterverbandes zusammen. Im Mittelpunkt jedes der gesonderten Verbandstage der drei genannten Verbände stand die Verschmelzungsfrage, zu welcher durch Beschlüsse früherer Verbandstage, Festlegung des gleichen Tagungsorts und Einsetzung einer gemeinschaftlichen Kommission zur Schaffung eines Statutenentwurfs die nötige Vorarbeit geleistet worden war. Dieser Entwurf war bei den Töpfern und Glasarbeitern auf erheblichen Widerspruch gestoßen, der sich auf deren Verbandsagen lebhaft äußerte. Während die Töpfer den Anschluß an den Bauarbeiterverband ablehnten und ebenso wie die Porzellanarbeiter den Zusammenschluß zu einem Keramarbeiterverband für die einzig richtige Lösung der Frage hielten, verwarfen die Glasarbeiter den vorgelegten Entwurf und brachten damit die Verschmelzungsfrage zum Stillstand. Die Schwierigkeiten, welche sich einer Verständigung in den Weg stellten, lagen in den sehr unterschiedlichen Beitrags- und Unterstützungsentscheidungen. Namentlich „der Glasarbeiter“ schieben „der Springen“ über Beitragssteigerung zu hoch. Trotz verschiedener „Ausgleichsvorschläge“ der eingesetzten Kommission ergaben die gemeinsamen Verhandlungen, daß keine allgemeine Übereinstimmung zu den Vorschlägen zu erzielen war. Es wurde vielmehr in dem bessern Ausmaß der einzelnen Organisationen die Vorbedingung erblickt für eine befriedigende Lösung der Verschmelzungsfrage. Die Glasarbeiter werden daher ihre Beiträge erhöhen, um den andern Verbänden näherzukommen. Die von den beteiligten Organisationen abgegebenen Erklärungen stimmen zwar sämtlich der Verschmelzung prinzipiell zu, aber die Einzelorganisation, an der schon annähernd acht Jahre gearbeitet wird, kann noch nicht zustimmen. Man will versuchen, durch neue Beratungen einen Weg zu finden, der schließlich doch zum ersehnten Ziele führt.

Auch auf dem Halleischen Verbandstage der Maler, der sich mit dem weitem Ausbau der Organisation befaßte, spielte die Frage einer bessern gewerkschaftlichen Konzentration eine Rolle. Dort wurde einstimmig beschlossen, den Vorstand zu beauftragen, zwecks Verschmelzung mit dem Bauarbeiterverband die nötigen Schritte in die Wege zu leiten.

### □ Aus dem Genossenschaftsleben □

**Die genossenschaftliche Jubiläumstagung in Dresden\***  
Ist in der beim Zentralverbande deutscher Konsumvereine gewohnten würdigen und eindrucksvollen Weise verlaufen. Dresden war ja bekanntlich der Platz, wo vor zehn Jahren der offizielle Auftakt der modernen Genossenschaftsbewegung mit der Gründung des Zentralverbandes begann. Was in diesen zehn Jahren im deutschen Konsumvereinswesen geleistet wurde, dafür bot der gastgehabte Verein „Vorwärts“ ein typisches Beispiel. Landtagsabgeordneter Gräbhofer, der Vorsitzende des Ausschusses vom „Vorwärts“, hob es gebührend hervor. Wenn die Dresdener Konsumgenossenschaft heute über 60 000 Mitglieder zählt, deren Bedürfnisse in 117 Verkaufsstellen befriedigt wurden, und die eine Jahres-einnahme von 24 Millionen Mark erzielen, so ist der Phantastie ein hübscher Spielraum gegeben, darüber nachzudenken, was wohl in weiteren 10 oder 25 Jahren — der Dresdener „Vorwärts“ feierte sein 25jähriges Jubiläum — auf diesem Gebiete sein wird. Daß dieser eine Verein über 1100 Angestellte beschäftigt, gibt eine soziale Perspektive

für sich; im weiteren erhellt man daraus, wie das Geschäftsleben sich wirtschaftsdemokratisch entwickelt.

Daß die Konsumvereine sich allmählich die ihnen gebührende Selbstbestimmung erkämpfen werden, zeigen eben auch ein oder zwei lässliche Beispiele. So konnte Gräbhofer mitteilen, daß der Kampf gegen die rohe Umfasssteuer für Konsumvereine mit einem vollen Erfolge gedeutet hat: sie darf in keiner Gemeinde Sachsens mehr eingeführt werden und da, wo sie schon eingeführt ist, muß sie spätestens im Jahre 1924 wieder verschwinden. Man muß beachten, daß in Sachsen vor allen andern deutschen Bundesstaaten der reichslichste Kampf der Mittelstandsretter und politischer Parteien gegen die Konsumvereine währte, daß die zweiprozentige Umfasssteuer ein Produkt dieses Kampfes war — und nun? Ein andres Beispiel: Im selben Sachsen und in derselben Residenzstadt, wo die Beamten und Unterbeamten aus den Konsumvereinen durch staatliche und städtische Maßnahmen herausgedrängt wurden — der hohe Rat der Stadt Dresden hatte sogar die Mitgliedschaft der Frauen der städtischen Bediensteten verboten! — konnte ein veritaßter Oberpostassistent als Stadtverordneter im Auftrage der Stadt den Genossenschaftstag begrüßen und ihm freundschaftlich Erfolg wünschen für seine Beratungen. Es ist ja an sich eigentlich ein ganz selbstverständlicher Vorgang. Und wein eine Bäcker-, Perückenmacher- oder sonstige Innung bei ihrem Verbandstage große und kleine Erzielungen der Regierung bei sich sieht, so müßte die Tagung einer wirtschaftlichen Organisation von über 1 1/2 Millionen Mitgliedern noch einen ganz andern Anspruch auf Festsetzung von oben haben, wenn es auch nicht gerade „Kaisers“ oder „Königs“ sind. Aber das bezeichnet ja gerade einerseits den Zießand unrer öfentlichen Verhältnisse; andererseits aber den gewaltigen Aufschwung der konsumgenossenschaftlichen Entwicklung, daß sich hierin Änderungen ins Gegenteil vollziehen. Wie lange wird es noch dauern, bis Regierungen und Parteien durch offizielle Vertretungen weckeln, den Einfluß und die Macht der Genossenschaften der Konsumanten auch äußerlich zu dokumentieren.

Den Verhandlungen des Genossenschaftstages ging eine Sitzung des „Generalkrats“ voraus; einer Körperchaft von im ganzen 120 Personen, in deren Schoße sich künftig die eigentlichen geschäftlichen Beratungen und Entschlüsse vollziehen. Er wurde Ende vorigen Jahres auf dem außerordentlichen Genossenschaftstag in Hamburg geschaffen, funktionierte also in Dresden zum erstenmal. Und er funktionierte gut. Durch dieses Vorkonferenzen wurden alle geschäftlichen Angelegenheiten des Genossenschaftstages „aufbereitet“, falsche Meinungen geklärt, gegenläufige Stimmungen gemildert, Ecken und Kanten geschliffen, bis den Gegenständen die beste Form gegeben ward — und dann ging es auf dem Genossenschaftstage wie am Schnürchen. Ohne der Demokratie die geringste Gewalt anzutun — der Genossenschaftstag braucht sich in keiner Weise um die vorgefabrierten Beschlüsse des Generalkrats zu kümmern — können die schwierigsten Geschäfts- und „wichtigsten“ Entscheidungsfragen gelöst werden. „Dir“ „Berat“ „Erörterung“ „Bretter“ „Öffentlichkeit“ häufig genug für jede „größere Bewegung“ Schaben angerichtet wird. Dadurch kommt dann die repräsentative Wirkung der Tagung mit ihren nahezu 1000 Delegierten und Gästen aus „aller Herren Länder“ zu ganz andern Ausdrücken: es ist alles aus einem Guß!

Aus den Verhandlungen ist für den „Korr.“ der Geschäftsbericht des Vorstandes bereits vorweg genommen worden, indem die Resultate der zehnjährigen Entwicklung des Zentralverbandes und sein Stand im Jahre 1912 schon früher mitgeteilt wurden. Es genügt, darauf zu verweisen. Zwei Spezialreferate beanspruchten das Hauptinteresse; das eine auf sozialwirtschaftlichem, das andre auf volkswirtschaftlichem Gebiete das Interesse nicht nur der Hörer, sondern der breitesten Öffentlichkeit in Anspruch nehmend.

Herr v. Elm sprach über die „Volkswirtschaft“. Es war eine Meisterleistung und von höchstem Interesse, da mit 1. Juli d. J. die gewerkschaftlich-genossenschaftliche Volksversicherung ihre Geschäftstätigkeit aufnahm. Auf den materiellen Inhalt des Referats ist hier nicht einzugehen, da unser „Korr.“ fortlaufend über die Materie informiert. Besonders Interesse erweckte die Feststellung des Referenten, daß das Kaiserliche Ausschussamt in loyalster Weise die Angelegenheit behandelt und die Genehmigung beschleunigt habe. Schließlich wirkt es auch einmal wohl-tuend, wenn die Anerkennung von Tatsachen offen erfolgt und ohne Ornamentierungen, die meist den Zweck haben, die moralische Wirkung einer solchen Anerkennung zu vernichten zu unterbinden. Der Beifall des Genossenschaftstages an dieser Stelle war recht deutlich. Manche könnten daraus lernen.

Das volkswirtschaftliche Referat behandelte „Voraussetzung und Technik des Betriebskonsumgenossenschaftlicher Schlächtereien und Molkereien“. Redner war der Direktor Angst vom Boller Konsumvereine, der gar „keine Angst“ vor den gewaltigen Problemen hatte, die der genossenschaftlichen Volkswirtschaft zur Lösung gestellt sind. Man muß wissen, daß der Konsumverein Bafel eine große Schlächtereie besitzt und eine noch größere Molkerei, eigentlich eine Milchindustrie, in der das Anlagekapital allein sich auf anderthalb Millionen Franken beläuft. Die wirtschaftlichen und technischen Einzelheiten des Vortrags waren hochinteressant. Als Beispiel kann hier nur angeführt werden, daß es größtes Interesse erregte, wie aus dem schmutzigen Abwasser der Schlächtereie noch — Gold gemäht wird. Durch ein besonderes Verfahren wird dem „Dreckwasser“ das Fett entzogen, und man gewinnt so aus diesem „Industrieabwasser“ des Abwassers jährlich nicht weniger als 10 000 „Franken“. Jahrelang waren sie in die Gasse gestossen! Im übrigen machte Referent zur Vorsicht, ohne klar zu machen. Die Sache geht, wie ja auch die Hamburger „Produktion“ zeigt; aber starke Finan-

zen, rationellster technischer Betrieb sind die ersten Voraussetzungen zur Lösung dieser Probleme.

Als genossenschaftliche Spezialreferate sind die Vorträge über „Das Musterstatut für Bezirkskonsumvereine“, über „Konsumgenossenschaftliche Unterrichtskurse“ und über „Die Unterstützungskasse des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine“ zu bewerten. Als bemerkenswert ist aus dem ersten dieser Referate die neue Entwicklungstendenz hervorzuhelien, die in dem Worte „Bezirkskonsumverein“ sich offenbart. Konzentration ist die Parole; sie ist natürlich auch mit einiger Vorsicht anzuwenden, denn schablonisieren ist überall vom Ubel. Vor allem kein Zwang. Die genossenschaftlichen Unterrichtskurse, die zweifellos eine Vertiefung in genossenschaftliche Geschäftsführung, Wirtschaft und Entwicklungsprobleme bedeuten, kosten den Vereinen des Zentralverbandes jährlich 70 000 Mk. Man will nun pro Mitglied der Vereine 5 Hg. pro Jahr „einbehalten“, was neben den übrigen Leistungen eine ziemlich starke neue Belastung darstellt. Später werden einmal die einzelnen Bundesstaaten beim Zahlen daran glauben müssen, denn was den landwirtschaftlichen und gewerblichen Genossenschaften „billig“, muß für die Konsumgenossenschaften „recht“ sein. Warum auch nicht? Schließlich kommt die Wirkung dieser Bildungsmöglichkeiten in erster Linie der allgemeinen Volkswirtschaft und Kultur des Staatsganzen zugute. Die Unterstützungskasse hat allmählich einen Millionenfonds (rund 3 Millionen) angeammelt. Wir Buchdrucker haben ja für so etwas besonderes Verständnis, weshalb weitere Worte überflüssig sind. Im ganzen ist sie eben auch ein Beweis mehr für den sozialen Geist, der im deutschen Konsumvereinswesen wohnt. Von 26 000 Beschäftigten in den Konsumvereinen usw. sind 7194 Mitglieder der Unterstützungskasse.

Aus den übrigen mehr geschäftlichen Verhandlungsmaterialien ist noch der Bericht über das genossenschaftliche Tarifamt besonders zu vermerken, und zwar der organisatorischen Änderungen wegen, die für die Behandlung der Tarifangelegenheiten in Aussicht genommen sind. Es werden aus den einzelnen Revolutionsverbänden 27 Vertreter für eine Tarifkommission gewählt, deren anderer Kontrahent die beteiligten Gewerkschaften sind. Aus den 27 Genossenschaftsvertretern und 27 Gewerkschaftlern wird dann noch eine Beschluskommission von 7:7 = 14 Vertretern gebildet, die die Tarife endgültig festzustellen hat, die dann von den jeweiligen Generalversammlungen zu sanktionieren sind. Der Form halber, das ist ganz selbstverständlich. Aus dieser kurzen Skizzierung sieht man, daß unsere Tarifinstitutionen auch da „Schule gemacht“ haben. (Wenn wir uns recht erinnern, war es unser Kollege Feuerstein [Stuttgar], der vor Jahren die Einrichtungen der Buchdrucker als Vorbild empfahl. Die Frucht war aber damals noch nicht „reif“. D. Red.) Ein Beweis mehr, wie zweckmäßig die tariflichen Einrichtungen unsers Gewerbes sind. Und darum erhaltenswert!

### Dem Genossenschaftstage schloß sich die Generalversammlung der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine

an, auf welcher der bekannte Konflikt in Hamburg eine sehr ausgedehnte Debatte zeitigte. Ein Beweis dafür, daß auch von den Genossenschaften die Dinge nicht leicht genommen werden. Ein Eingehen hierauf an dieser Stelle würde den Rahmen des Artikels überschreiten. Entschend zur Beurteilung dürfte die Angelegenheit ist beigelegt. (Sie sollte es sein laut der in Dresden gegebenen und in der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ veröffentlichten Erklärung. In der Hamburger Prinzipalversammlung, die diesen erledigten Konflikt scharfmacherisch auszubenten versucht, in einem wesentlichen Punkte damit aber schon jetzt eine Enttäuschung erlebte, waren aber die Herren Kaufmann und Steinhilber anwesend. Sie enthielten sich zwar der Abstimmung über eine die Sachlage verschärfende Resolution, aber Herr Kaufmann gab zuvor in längeren Ausführungen eine Darstellung der Angelegenheit, aus der wir nicht — laut Artikel in der „Zeitschrift“ — mit einem Wort einen Hinweis entnehmen können, daß ja die Angelegenheit erledigt sei. Darüber in nächster Nummer mehr. Red.)

Aus dem Geschäftsberichte der Verlagsgesellschaft ist folgendes erwähnenswert: Während im Jahre 1904 ein Gesamtumsatz von 186 309 Mk. erzielt wurde, erreichte der Gesamtumsatz 1912 den Betrag von 2 715 696 Mk. Die im Jahre 1905 eingerichtete Versicherungsabteilung festlegte den Prämienumsatz von 10 759 Mk. auf 443 499 Mk. Die Druckerei einschließlich Buchhandel wies 1908 einen Umsatz von 484 261,86 Mk. auf, 1912 waren es 1 145 798,89 Mark. Die im Jahre 1909 errichtete Papiermanufaktur begann mit 187 718,88 Mk. Umsatz und erreichte 1912 den Betrag von 1 529 803,52 Mk. Seit dem Übergange zur Eigenproduktion im Jahre 1908 hat sich der Umsatz mehr als verdreifacht. Zur Bewältigung der Arbeiten waren neben einer Anzahl vorübergehend tätiger ständig 436 Personen beschäftigt, davon 228 in der Papiermanufaktur, 152 in der Druckerei und Buchbinderei, 42 in der kaufmännischen Abteilung, 10 in der Versicherungsabteilung und 4 im Sekretariat. An Gehältern und Löhnen wurden 601 705,09 Mk. gezahlt, davon waren 61 263,58 Mk. Ausgaben, die in den technischen Betrieben über die tariflich festgelegten Löhne hinaus geleistet wurden. Der Reingewinn des Gesamtunternehmens betrug sich auf 182 326,11 Mk., von welcher Summe 100 000 Mk. den Reserven, 60 000 Mk. dem Pensionsfonds, 10 000 Mk. dem Unterrichts-fonds zugewiesen wurden, während der Rest zur Deckung der Gebühren verwandt resp. auf neue Rechnung vorgefragt wurde.

\* Dieser Artikel über die Genossenschaftstagungen in Dresden mußte wie viele andre Sachen längere Zeit zurückbleiben, um erst die Besprechung und die Berichterstattungen über unsre Generalversammlung hinauszubringen, was jetzt noch nicht völlig erreicht ist.  
Die Redaktion.

## Die Generalversammlung der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine

beanpruchte ebenfalls einen Verhandlungstag. Den Geschäftsbericht haben wir schon früher vorweggenommen, so daß nur noch übrig bleibt, mitzuteilen, daß das Stammkapital von 2 auf 4 Millionen Mark erhöht wurde. Die Gesamtreserven betragen 6 Millionen Mark; sie sind also auch nach der Erhöhung bzw. Verdopplung des Stammkapitals um 50 Proz. höher als dieses. Eine vorläufige und weitläufige Geschäftsabrechnung! Es handelt sich eben um eine forcierte Entwicklung der Eigenproduktion, der alles andre mehr oder weniger untergeordnet wird. Die deutsche Großeinkaufsgesellschaft hat eben an der englischen ein Vorbild, das sie kaum schlafen läßt. Und gewiß tut der Zwang der natürlichen Entwicklung das Übrige. In diesem Zusammenhang ist es besonders interessant, zu hören, was der Vertreter der englischen Gesellschaft in seiner Begrüßungsrede auf dem Genossenschaftstage sagte. Nämlich folgendes:

Der Vertreter des britischen Genossenschaftsbundes hat Ihnen von der Gesamtbewegung erzählt; ich werde mich auf die Großeinkaufsgesellschaft der englischen Konsumvereine beschränken. Unser Umsatz nimmt beständig zu. Im Vorjahre belief sich unser Umsatz auf 30 Millionen Pfund Sterling oder 600 Millionen Mark. Von dieser ungeheuren Summe entfällt ungefähr ein Viertel auf Waren, die in unsern eigenen Fabriken hergestellt wurden. Der Förderung der Eigenproduktion gilt unser Hauptbemühen. Wir wollen unsre eignen Fabriken nach Möglichkeit ausdehnen, um dadurch eine Kontrolle über die Arbeiterverhältnisse in unserm Lande zu erzielen und die Vorteile zu vermehren, die für die arbeitenden Klassen aus der Genossenschaftsbewegung entspringen. Einige Ihrer Führer, die wir die Ehre hatten, in England zu empfangen, wissen, was wir produzieren. Für diejenigen aber, die noch keine Kenntnis davon haben, werde ich einige Mitteilungen über unsre Produktionsbetriebe machen: Wir fabrizieren Stiefel und Kleidungsstücke, Seife, Stärke und Kerzen, Hausgeräte, Bürsten, Eisen- und Stinwaren, Glas und Zeug. Wir besitzen Druckereien, wir fabrizieren Tabak, Zigarren und Zigaretten. Unsre Mühlen, die größten im Land, erzeugen wöchentlich fast 40000 Sack Mehl von je 280 Pfund für das Brot des Volkes. In unserm Bankgeschäft erzielen wir einen Umsatz von ungefähr 150 Millionen Pfund Sterling jährlich oder 3000 Millionen Mark. Unsre direkter Import, der getätigt wird durch unsre eignen Vertreter, hat einen Wert von 7385509 Pfund Sterling im Jahre 1912, von denen 335251 Pfund Sterling aus Deutschland kommen. Unsre Anteile und Anleihen betragen 6 Millionen Pfund Sterling oder 120 Millionen Mark. Wir haben 1158 Konsumgenossenschaften mit 2100987 Mitgliedern. Wir hegen die Hoffnung, daß eine immer größer werdende Anzahl von Leuten die Vorteile begreifen wird, die man erlangen kann, wenn man sich unsrer Bewegung anschließt.

Das letztere hoffen wir auch, denn die Aufzählung dessen, was in England geleistet wird, mag auch bei uns ein mächtiger Ansporn sein, immer weiter und immer rascher vorwärts zu kommen. Und aufwärts!

**Bamberg.** Recht zahlreich versammelten sich am 16. Juli die Kollegen unsres Ortsvereins zur zweiten Quartalsversammlung, in welcher Gauvorsteher Seib (Münchens) Bericht über die Danziger Generalversammlung erstattete. Auch auswärtige Kollegen hatten sich eingeladen, um den spannenden und klaren Ausführungen zu lauschen, und es herrschte während des eingehenden Referats die größte Aufmerksamkeit. Reicher Beifall lohnte dem Redner. In der anschließenden Diskussion gab es nur einige kleinere Fragen zu beantworten; im übrigen erklärte sich die Versammlung mit den Beschlüssen der Danziger Generalversammlung voll und ganz einverstanden. Wegen vorgerückter Stunde wurden die übrigen Punkte von der Tagesordnung abgesetzt. — Am 13. Juli feierten wir unsrer diesjährigen Johannistfest, welches seine alte Zugkraft bestens bewährte, wie der starke Besuch bewies. Die Gelangsvorträge der „Typographia“ ernteten starken Beifall. Ein Schwerpunkt des von prächtigem Wetter begünstigten und schön verlaufenen Festes bildete der von der kleinen Tochter Georgine des Kollegen Dimpf künstlerisch wiedergegebene Festprolog. Der stürmische Beifall war wohlverdient.

**L. Bezirk Bielefeld.** Die am 13. Juli in Bad Salzungen abgehaltene Bezirksversammlung war von ungefähr 350 Kollegen besucht. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrten die Versammelten das Andenken der verstorbenen Kollegen Tiedhöfer (Bielefeld) und Kracht (Detmold) in der üblichen Weise. Unter „Bereitsmitteilungen“ schlug der Versammlungsleiter Fackertich die Versammlung vor, in diesem Jahr eine Bezirksversammlung ausfallen zu lassen und begründete diesen Vorschlag damit, daß die Distriktsversammlungen in Bielefeld (10. Mai), Paderborn (11. Mai) und Herford (12. Mai), in welchen Gauvorsteher Albrecht (Köln) referierte und wozu den Kollegen der unmittelbaren Drudrort Gelegenheit zur Teilnahme durch Fahrgeldentschädigung gegeben worden sei, als vollwertiger Ersatz betrachtet werden könnten. Mit dem Vorschlag erklärte man sich einverstanden. Hierauf wurde bekanntgegeben, daß seit der letzten Bezirksversammlung 42 Aufnahmegehuche im Bezirke Befürwortung gefunden haben. Ausgeschlossen werden mußten die Kollegen Haas, geboren in Wiesbaden, zurzeit in Herford konditionierend, und Bogeler (Detmold), weil dieselben sich grobe Verstöße gegen die tariflichen und Verbandsbestimmungen zuschulden kommen ließen. Unter Punkt „Verschiedenes“ wurde eine Angelegenheit besprochen, die den Anschluß der Detmolder Maschinenlehre an den Bezirksmaschinenlehreverein betraf. Der den Mitgliedern gedruckt zugegangene Kassenbericht pro erstes Quartal 1913 wurde genehmigt und der Kassierer Holz auf Antrag der Revisoren entlastet. Drei Geldebewilligungen wurden genehmigt. Darauf erstattete Bezirksvorsteher Leitz Bericht über die Verbandsgeneralversammlung in Danzig. Mit großem Interesse lauschten die Versammelten den lehrreichen und übersichtlichen Ausführungen des Redners. Für die vorzüglichsten Ausführungen erntete der Redner reichen Beifall. Die Diskussion ergab, daß man im allgemeinen mit den Beschlüssen der Generalversammlung einverstanden ist. Als der nächsten Bezirksversammlung wurde Minden gewählt. Zum Schluß sei noch den Salzunger Kollegen für die aufopfernde Gastfreundschaft gedankt.

**t. Bezirk Bochum.** In der dritten diesjährigen Bezirksversammlung, die am 13. Juli in Bochum stattfand, widmete der Vorsitzende dem verstorbenen ehemaligen Gauvorsteher von Württemberg, Moritz Schreiber, einen ehrenden Nachruf, dabei die Verdienste des Verstorbenen um unsre Organisation hervorhebend. Einem Kollegen wurden an außerordentlicher Unterstützung 30 Mk. bewilligt. Sodann erstattete Kollege Friedemann den Bericht von der Danziger Generalversammlung. Der Redner gab ein klares Bild der Verhandlungen und betonte, daß diese Generalversammlung in jenseiner Einmütigkeit verlaufen sei. Einmütigkeit müsse aber auch unter der Kollegenschaft herrschen, dann könnten wir mit Zuversicht in die Zukunft schauen. Reicher Beifall lohnte dem Redner. Die kurze Diskussion ergab völlige Übereinstimmung mit den gefaßten Beschlüssen.

**H. Braunsberg.** In der am 12. Juli abgehaltenen außerordentlichen Monatsversammlung gab Gauvorsteher Reiser einen ausführlichen Bericht über die in Danzig abgehaltene Generalversammlung. Trotzdem man die Verhandlungen schon im „Korr.“ gelesen hatte, wurde man nicht müde, den umfangreichen mündlichen Bericht zu hören. Reicher Beifall war der Dank für das Referat. Es wurde sodann folgende Resolution angenommen: „Die Versammlung erklärt sich einstimmig mit den Beschlüssen der Generalversammlung voll und ganz einverstanden und zollt den Vertretern, die in treuer Pflichterfüllung ihre Aufgaben auf der Generalversammlung vorzüglich gelöst haben, volle Anerkennung.“

**Bromberg.** Unsre Bezirksversammlung fand am 13. Juli in Thorn statt. Besuch war dieselbe von über 80 Kollegen. Der Gesangverein „Gutenberg“ (Bromberg) leitete die Versammlung durch zwei stimmungsvoll zu Gehör gebrachte Lieder ein. Eingangs der Verhandlungen gedachte der Vorsitzende, Kollege Lorenz, der verstorbenen Mitglieder Bruno Bock, Otto Eggert und Paul Müller, deren Andenken in üblicher Weise geehrt wurde. Den Hauptpunkt der Tagesordnung bildete das Referat des Gauvorstehers Wagner (Posen) über die Generalversammlung in Danzig. In seinen Ausführungen gab Redner ein anschauliches Bild der gepflogenen Verhandlungen und gefaßten Beschlüsse. Im Namen der Versammlung stiftete der Vorsitzende dem Referenten Dank ab. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die am heutigen Tag im „Schützenhaufe“ zu Thorn tagende Bezirksversammlung des Bezirksvereins Bromberg erklärt, nachdem Gauvorsteher Wagner über die Generalversammlung eingehend

referiert, ihr volles Einverständnis mit den Beschlüssen der Danziger Generalversammlung, spricht sich im besondern darüber anerkennend aus, daß der Verband durch die Danziger Beschlüsse weiter wie bisher als Gewerkschafts- und nicht als Unterfertigungsverein mit an der Spitze der modernen Gewerkschaften marschieren.“ Unter „Tariflichem“ wurde der Antrag gestellt, zwei Firmen wegen der dort herrschenden untariflichen Verhältnisse aus dem Tarifverzeichnis zu streichen. Nachdem noch einige lokale Angelegenheiten erledigt worden waren, schloß der Vorsitzende mit einem Hoch auf den Verband die Versammlung.

**Essen.** Das diesjährige Johannistfest wurde am 12. Juli im Saale des „Kriegerheims“ abgehalten. Wohl über 700 Festteilnehmer waren anwesend. Kollege Albrecht (Köln) hielt die Festrede, in der er auf die Bedeutung der Organisation hinwies und dann zu einer Ergründung zweier Kollegen überging, die in diesem Jahr eine 25jährige Zugehörigkeit zum Verband aufweisen konnten. Es sind dies die Kollegen Mar Adamczewski und Johann Debbelke. Kollege Krauß überreichte den beiden Jubilaren je ein prächtiges Diplom, wobei er besonders darauf hinwies, daß Kollege Adamczewski seit ungefähr 14 Jahren als Bezirkskassierer seine treue Zeit den Kollegen opfere.

**Hg. Hannover.** In der am 12. Juli abgehaltenen Mitgliederversammlung des Lokalvereins wurden zwei Kollegen in den Verband aufgenommen. Sodann wurde in die Besprechung über das Ergebnis der Danziger Generalversammlung eingetreten. Die Diskussion darüber war eine sehr reg. Im allgemeinen waren die Redner mit dem Verlauf der Tagung zufrieden, jedoch hätte an den Unterfertigungsstätten, namentlich der Reuseunterfertigung, nicht gerüttelt werden dürfen. Auch in der Aberfundenfrage hätte mehr gegeben müssen. Die Ablehnung des „Korr.“-Obligatoriums wurde ebenfalls bedauert. Begrüßt wurde allgemein das Referat Müllers über die tarifliche Lage. Ebenfalls wurde auch der Redigierung des „Korr.“ Beifall gezollt. Sodann wurden die Anträge zu dem am 7. und 8. September in Osnabrück stattfindenden Congresse beraten. Bei dieser Gelegenheit machte Gauvorsteher Rosenbruch auf eine Anfrage aus der Versammlung die Mitteilung, daß er sich infolge Überbürdung in seiner jetzigen Stellung genötigt sehe, seinen Posten als Gauvorsteher in nächster Zeit niederzulegen. Der kommende Congreß wird sich über die Neubesetzung schlichtig zu werden haben.

**Sirchberg i. Schl.** Am 13. Juli fand eine Ortsvereinsversammlung statt, deren wichtigster Punkt die Berichtserstattung über die Danziger Generalversammlung betraf. Es waren die Vertrauensmänner der Bezirksorte hierzu eingeladen und auch zahlreich erschienen. Nach Erledigung einiger Vereinsangelegenheiten ergriff Bezirksvorsteher Köchel (Waldburg) das Wort, um den Erschienenen den Verlauf der Generalversammlung zu schildern. Die Anwesenden erklärten sich mit den klaren Ausführungen des Redners einverstanden, worauf eine Resolution zur Annahme gelangte, in welcher sich die Versammlung mit den Beschlüssen der Generalversammlung prinzipiell einverstanden erklärte und die Arbeitsleistung der Delegierten vollständig anerkannte. — Das Johannistfest wurde am 6. Juli im „Kreischam“ zu Strauß in üblicher Weise gefeiert. Die gesanglichen sowie humoristischen Aufführungen wurden vom Gesangverein „Gutenberg“ zur vollen Zufriedenheit ausgeführt. In dieser Stelle sei den Mitwirkenden Dank abgefaßt.

**R. Kaiserslautern.** (Vierteljahrsbericht.) In der Versammlung vom 24. Mai wurden sechs neuausgewählte Kollegen aufgenommen. — In der Versammlung vom 14. Juni konnten wiederum drei Neuaufnahmen vollzogen werden; es haben hiernit sämtliche Neuausgewählte den Weg zum Verbands gefunden. Kollege Seering hielt einen informierenden Vortrag über das neue Statut der Ortskrankenkasse. Die Versammlung bewilligte noch für einen invaliden Kollegen eine Unterfertigung von 20 Mk. — Die Bezirksversammlung vom 13. Juli war erfreulicherweise gut besucht. Nach Erledigung des geschäftlichen Teils erhielt Gauvorsteher Fuhs das Wort zur Berichtserstattung über die achte Generalversammlung des Verbandes in Danzig. In bekannt klarer und großzügiger Weise entledigte der Referent sich seiner Aufgabe, wofür ihm allgemeiner Beifall zuteil ward. Es erübrigt sich, näher auf die Berichtserstattung einzugehen, da der „Korr.“ sehr ausführlich berichtet hat. Eine Diskussion fand nicht statt. Die vom Vorstände vorgelegten Anträge zum Congreß in Mainz wurden von der Versammlung gutgeheißen. Mit einer energischen Aufforderung des Vorsitzenden May an die Anwesenden, die Ausführungen des Kollegen Fuhs zu beherzigen und die Versammlungen besser zu besuchen, wurde die Versammlung geschlossen. — Nachmittags fand auf der „Lünenburg“ das Johannistfest statt, das aus allen Schichten der Bevölkerung sehr gut besucht war. Kollege Fuhs hielt eine Ansprache, die allgemeinen Beifall fand. Der Buchdrucker-Gesangverein brachte u. a. eine vom Kollegen Collet verfasste und von Dirigenten Herrn Lehrer A. Götzel komponierte Buchdruckerhymne zum erkennal zu Gehör. Dieser Chor, welcher auch mit Dreifachbegleitung sehr wirkungsvoll geklungen ist, verdient alle Anerkennung.

**Kassel.** In der am 12. Juli abgehaltenen, gutbesuchten Generalversammlung des Ortsvereins erstattete Kollege Bialas (Beuthen) Bericht über die Verhandlungen der Danziger Generalversammlung. Der Redner gab ein gutes Bild über die Arbeiten der Generalversammlung und hob die wichtigsten der dort gefaßten Beschlüsse hervor, dabei besonders die große Einmütigkeit der Delegierten in allen Fragen betonend. Der mit Beifall angenommenen Berichtserstattung folgte eine kurze Diskussion, worauf sich die Versammlung mit dem Ergebnisse der Generalversammlung einverstanden erklärte. — Das

## □ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

**Mhrweiler.** (Halbjahrsbericht.) Die erste Hälfte dieses Jahres war für den hiesigen Ortsverein in allen Beziehungen eine arbeitsreiche. Im Januar fand die Generalversammlung statt, in welcher der Vorsitzende den Jahresbericht erstattete und auch sonst alle Vorhommnisse besorgte. Bei der Neuwahl wurde der Vorstand bis auf den Schriftführer wiedergewählt. — Das Stiftungsfest wurde am 15. Februar durch einen Familienabend begangen, zu welchem auch unser Bezirksvorsteher Baldus nebst einigen Bonner Kollegen erschienen war. — Die Aprilversammlung brachte uns ein Referat des Kollegen Mohne (Bonn) über: „Goldenen Schnitt“. Der Redner verstand es ausgezeichnet, unterstützt durch Skizzen und Zeichnungen, den Vortrag verständlich zu machen. Reicher Beifall belohnte seine Mühe und auch an dieser Stelle sei ihm nochmals gedankt. — In der Juniversammlung wurden die Anträge zur Generalversammlung durchgesprochen und über technische Fragen beraten. — Anfang Juli erstattete Kollege Baldus (Bonn) Bericht über die Generalversammlung. Die Versammlung erklärte sich mit den Ergebnissen einverstanden. — Das Johannistfest fand am 6. Juli in Neuenahr statt und erfreute sich eines sehr zahlreichen Besuchs.

**Ansbach.** In unsrer am 14. Juli abgehaltenen Versammlung widmete der Vorsitzende dem leider so früh von uns geschiedenen Kollegen Baldau einen warmen Nachruf. Das Andenken an den Verstorbenen wurde in üblicher Weise geehrt. Hierauf erstattete Kollege Weiersdorf den Kassenbericht. Nun nahm Gauvorsteher Seib das Wort zur Berichtserstattung über die Danziger Verbandsgeneralversammlung. Er ergänzte in seinen ausführlichen Vorträge die schon im „Korr.“ veröffentlichten Verhandlungen der Generalversammlung, mit denen sich die Mitgliedschaft voll und ganz einverstanden erklärte, was durch folgende einstimmig angenommene Resolution zum Ausdruck gebracht wurde: „Die Mitgliedschaft Ansbach erklärt sich mit den Beschlüssen der Danziger Generalversammlung in Anbetracht der Verhältnisse einverstanden. Sie spricht den Delegierten für ihre erspriechliche Tätigkeit sowie unserm Berichtserstatter, Kollegen Seib, für sein ausführliches Referat über die Generalversammlung den besten Dank aus.“

Johannisfest beging die hiesige Mitgliedschaft unter Teilnahme der umliegenden Druckorte am 5. Juli in „Grünfelds Etablissement“ in Salenze. Das Fest nahm einen alle Teilnehmer befriedigenden Verlauf.

**Magdeburg.** (Vierteljahrsbericht.) Die Aprilversammlung fiel wegen der in diesem Monat abgehaltenen Bezirksversammlung aus. — In der am 3. Mai stattgehabten Ortsvereinsversammlung referierte unser Gehilfenvertreter König (Halle) über: „Die Situation im Buchdruckgewerbe und die außerordentliche Tarifauschüßigung.“ Der Referent verband es, den Anwesenden ein klares Bild der gegenwärtigen Lage des Gewerbes zu geben. Kollege Künzemann, einer unserer Kartelldelegierten, berichtete über die nunmehr genehmigte „Volksfürsorge“ und über beachtliche Anstellung eines zweiten Bibliothekars für die Zentralbibliothek. — Die Sommerversammlung brachte uns den Bericht von der Generalversammlung in Danzig. Ihre beiden Delegierten Demuth und Bieschner verstanden es in bester Weise, ein getreues Bild der gefassten Beschlüsse zu geben, ebenso die empfangenen Eindrücke zu schildern. An den Bericht schloß sich eine rege Diskussion. Im großen und ganzen erklärte man sich mit den Beschlüssen der Generalversammlung einverstanden. — Im verfloßenen Vierteljahre verlor unser Ortsverein durch den Tod zwei Mitglieder, den Seher Kurt Richter und den Drucker Oskar Sobel. Unser Kollege Karl Niemann, welcher weiteren Kollegenkreisen durch die Herausgabe der Lohnberechnungstabellen und eines Reichsbuches bekannt ist, konnte am Pfingstmontag auf eine 40jährige Verbandsmitgliedschaft zurückblicken; es wurden ihm aus diesem Anlaße viele Ehrungen zuteil.

**Sg. Mühldorf (Oberbayern).** Am 13. Juli fand in dem reizenden Innstädtchen Mühldorf eine Bezirksversammlung, verbunden mit Johannisfeier, statt. Vertreten waren folgende Druckorte: Alt-Neubüding, Berchtesgaden, Burgaußen, Eggenfelden, Freilassing, Laufen, Mühldorf, München und Traunstein. Kollege Schäffler (München) erstattete eingehenden Bericht von der Generalversammlung in Danzig, wofür ihm lebhafter Beifall gesollt wurde. Es gelangte zum Schluß seiner Ausführungen folgende Resolution zur Annahme: „Die am 13. Juli veranstaltete Bezirksversammlung in Mühldorf (Oberbayern) nahm die Berichtserstattung über die Danziger Generalversammlung durch den Kollegen Theodor Schäffler (München) entgegen und war man nach Anhörung des ausführlichen Referats mit den in Danzig gefassten Beschlüssen einverstanden. Die Bezirksversammlung erkennt die in Danzig im Interesse unserer Organisation geleistete Arbeit voll und ganz an und wünscht, daß dieselbe zum Wohl unfres Verbundes und dessen Mitglieder gereiche, und daß der Verband der Deutschen Buchdrucker immer mehr erstarken möge.“ — Nachmittags fand ein von der Mitgliedschaft Mühldorf arrangiertes Gartenkonzert sowie Preisquadrätel statt, das die auswärtigen Kollegen noch lange in fröhlicher Stimmung bezauberte.

**Reiklingen.** In der am 13. Juli abgehaltenen Versammlung des Bezirksvereins „Alcham“ referierte Kollege Koch (Tübingen) über die Danziger Generalversammlung. Mit Interesse folgten die Anwesenden dem Vortragenden, welcher kurz die hauptsächlichsten Beschlüsse und Verhandlungen in Danzig streifte. Reicher Beifall wurde dem Referenten am Schluß seiner Ausführungen zuteil, und die Anwesenden stellten sich voll und ganz auf den Boden der in Danzig gefassten Beschlüsse.

**Rothenburg o. T.** Eine am 15. Juli abgehaltene Versammlung nahm die Berichtserstattung über die Danziger Generalversammlung entgegen. Das umfangreiche Referat fand in allen seinen Ausführungen bei den vollständig versammelten Kollegen ungeleitete Zustimmung. Es gelangte nachfolgende Resolution zur Annahme: „Die Mitgliedschaft Rothenburg o. T. freut sich, den Gauvorstehenden sich in ihrer Mitte begrüßen zu dürfen und dankt ihm für seine mit Beifall aufgenommene Berichtserstattung. Die Versammlung gibt ihre volle Übereinstimmung mit den in Danzig beschlossenen Richtlinien kund, die darauf gerichtet sind, die Tarifgemeinschaft zu erhalten und weiter auszubauen. Den Delegierten wird für ihre Mithewaltung volles Vertrauen ausgesprochen.“

**Schweinfurt a. M.** In der Monatsversammlung vom 12. Juli, in der u. a. die auslegende Entwürfe zur Erlangung eines Briefpostes für den Ortsverein besprochen wurden, gab Kollege Kemmerich (Würzburg) in trefflichen Worten ausführlichen Bericht von den Verhandlungen der Generalversammlung unfres Verbandes, wobei er auch der Verdienste und Ehron unfres Vorstehenden Döblin gebührend gedachte. Für seine mit großem Interesse aufgenommenen Ausführungen erntete der Referent reichen Beifall und die sich anschließende kurze Diskussion bewies, daß man mit den Beschlüssen der Generalversammlung einverstanden war. Nach einem kurzen Schlussworte des Kollegen Brunn, in dem dieser dem Referenten Dank aussprach, wurde die aufbeschulte Versammlung geschlossen.

**r. Siegen.** Am 6. Juli tagte in Siegen unfre dritte diesjährige Bezirksversammlung. Vertreten waren die Druckorte Siegen, Belsdorf, Willen, Altförden und Dipe. Gauvorsteher Albrecht (Söhl) gab einen sehr ausführlichen Bericht über die Generalversammlung in Danzig. Die dort geleistete enorme Arbeit wurde anerkannt und dem Verbandsvorstand sowie den Delegierten Anerkennung gezollt.

**Am-Neuwm.** (Vierteljahrsbericht.) Die Mitgliederzahl betrug am 1. April 95 Kollegen. Der Kassensbericht ergab günstige Verhältnisse. Am 27. April fand mit dem Neuausgerleierten eine Sitzung statt. Zur Aufnahme hatten sich vier Kollegen gemeldet, die einstimmig dem Gauvorstande zur Aufnahme empfohlen wurden. —

Am 3. Mai hielt Gewerkschaftssekretär Ruch ein Referat über „Die Reichsversicherungsordnung, II. Teil“, welchem mit größtem Interesse gefolgt wurde. — Die außerordentliche Generalversammlung hatte einen außerordentlich guten Besuch aufzuweisen. Sie beschäftigte sich mit internen Angelegenheiten. Vorstehender Liebrandt gedachte in warmen Worten des verstorbenen Kollegen Moritz Schröfer, dessen Andenken die Versammlung durch Erheben von den Sigen ehrte. — Am 13. Juli fand eine außerordentliche Versammlung statt mit Berichtserstattung von der Danziger Generalversammlung. Das Referat hierüber hatte Kollege Kasper (Stuttgart) übernommen. Er gab den zahlreich erschienenen Kollegen ein anschauliches Bild von dem Verlaufe der Generalversammlung und hob besonders die Einmütigkeit in der Auffassung bei der Besprechung über die allgemeine und tarifliche Lage sowie auch in den sonst gefassten Beschlüssen zwischen dem Zentralvorstand und den Delegierten hervor und gab dem Wünsche Ausdruck, daß die von der Generalversammlung geleistete Arbeit auch in der Ulmer Kollegenchaft fruchtbringend wirken möge. An das Referat schloß sich eine kleine Diskussion. Dem Referenten wurde für seine Ausführungen lebhafter Beifall zuteil.

**Weiden (Oberpfalz).** Am 13. Juli fand eine Bezirksversammlung statt, in der Gaukassierer Friederichs (München) über die Generalversammlung Bericht erstattete. Die Versammlung erfreute sich eines sehr guten Besuchs; es hatten sich Kollegen von Cham, Markredwitz, Neustadt W.-M., Schwandorf, Tirschenreuth, Waldsassen und Weiden eingefunden; ferner waren von Eger (Böhmen) drei Kollegen anwesend. Nachdem Vorstehender Sunger (Weiden) die Anwesenden begrüßt hatte und einige allgemeine Punkte erledigt waren, ertheilte er dem Referenten das Wort zu seinem Referat. In eingehenden Ausführungen gab dieser einen klaren Bericht über die Verhandlungen in Danzig und erntete allgemeinen Beifall. In der folgenden Diskussion wurde zwar von einigen Rednern an einzelnen Beschlüssen Kritik geübt, die aber von anderer Seite widerlegt wurde, so daß am Schluß dem Referenten sowie den gesamten Delegierten für ihre geleistete mithewolle Arbeit volle Anerkennung und Dank ausgesprochen wurde. Unter Punkt „Tarifliches“ wurden einige Mißstände zur Kenntnis gebracht, deren Beseitigung der Gauvorstand in die Wege leiten wird. Als Kassierer wurde Böckl (Weiden) einstimmig gewählt, nachdem der bisherige Kassierer als Reizekassierverwalter der neuen Zahlstelle Weiden diesen Posten niederlegte; ihm sei auch an dieser Stelle für seine rege Tätigkeit der Dank ausgesprochen. Als Ort für die Herbstversammlung wurde Cham i. W. bestimmt. — Den Nachmittags verbrachten die Kollegen bei einem Sommerfest in Sichtenbühl.

**Weimar.** Eine aufbeschulte außerordentliche Bezirksversammlung fand am 12. Juli hier statt, in welcher Gauvorsteher Prox einen Bericht von der Danziger Generalversammlung gab. Seine Referat über dieses wichtige Ereignis, die Verhandlungen und der am Schluß erlassene Bescheid zeigte, daß die Versammlung mit der in Danzig geleisteten Arbeit vollständig einverstanden war. Einstimmige Annahme fand noch folgende Resolution: „Die am 12. Juli im „Volkshaufe“ tagende außerordentliche Bezirksversammlung nimmt Kenntnis von den Beschlüssen unfre Generalversammlung. Sie bezeichnet dieselben als annehmbar und ist freudig über die Einmütigkeit unfre Vertreter, die Gehilfeninteressen richtig wahrgenommen zu haben.“ Weiter fand die Ausstellung von Kandidaten zum Gaufauf statt.

**Wesel.** Lediglich zum Zweck einer schnellen Berichtserstattung von der Tagung unfres Verbandsparlamentes hatte der Bezirk Gelegenheit genommen, seine dritte diesjährige Bezirksversammlung schon am 13. Juli in Emmerich abzuhalten. Sie hatte sich eines guten Besuchs zu erfreuen. Anwesend waren Kollegen aus Bocholt, Dinslaken, Dorsten, Emmerich, Geldern-Reveler, Goch, Kleve und Wesel. Bezirksvorstehender Lehmann eröffnete die Versammlung mit einigen geschäftlichen Mitteilungen und machte u. a. auf den am 1. Oktober zur Einführung gelangenden Sozialzuschlag von 2½ Proz. in den Bezirken Bocholt, Dinslaken, Geldern und Goch aufmerksam. Der Kassensbericht, der in Anbetracht der frühen Einberufung der Versammlung nicht gegeben werden konnte, wird den Mitgliedern nach Fertigstellung gedruckt zugehen. Darauf erstattete Kollege Bertram (Köln) Bericht über das Ergebnis der Danziger Tagung. Der anhaltende Beifall, der diesem Berichte folgte, bewies deutlich die allseitige Verliebtheit mit den Arbeiten der Generalversammlung, was auch in der kurzen, zufinnenden Diskussion zum Ausdruck kam. Die nächste Bezirksversammlung findet in Goch statt.

**Bezirk Joffen.** (Vierteljahrsbericht.) In der Versammlung am 31. Mai wurden zwei Kollegen aufgenommen. Nach Entgegennahme des Kassensberichts wurden noch verschiedene örtliche Angelegenheiten geregelt. Zu dem hiesigen Kartell arrangierten Kursus zur Reichsversicherungsordnung hatten unfre Kollegen reges Interesse bekundet. — In der am 16. Juni stattgehabten Versammlung wurden die vom Bezirke Joffen gestellten Anträge zum diesjährigen Gaufauf besprochen und die Delegierten aufgestellt. Eine längere Debatte entspann sich über den Kartellbescheid betreffs des Sozialzuschlages von hiesigen Lokalen. — Die Versammlung am 8. Juli nahm den Bericht unfres Gauvorstehers Sannad über die Generalversammlung in Danzig entgegen. Ohne besondere Diskussion erklärte sich die Versammlung mit den gefassten Beschlüssen einverstanden und dem Referenten wurde für seine vortrefflichen Ausführungen reicher Beifall zuteil.

**te. Zwickau.** Zu der für den 13. Juli nach hier einberufenen Bezirksversammlung waren die Kollegen aus fast allen Orten des Bezirkes Zwickau zahlreich herbei-

geft, um die Berichtserstattung von der Danziger Generalversammlung entgegenzunehmen. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte man des verstorbenen Kollegen Schröfer (Stuttgart) und ehrte das Andenken desselben durch Erheben von den Sigen. Der Delegierte, Kollege Kraßer (Zwickau), berichtete in der ausführlichsten Weise und führte für alle die Wünsche, die aus der großen Fülle der Anträge noch offen blieben, die Gründe an, die zu deren Ablehnung führen mußten. Die Diskussion, die sich dem mit reichem Beifall aufgenommenen Referat anschloß, war eine sachliche. Es kam die Meinung der Versammlung in folgender, einstimmig angenommener Resolution zum Ausdruck: „Die am 13. Juli in Zwickau tagende Versammlung des Bezirkes Zwickau vom Verbands der Deutschen Buchdrucker erklärt sich mit den auf der Generalversammlung in Danzig gefassten Beschlüssen einverstanden. Sie begrüßt es, daß bezüglich des Unterstützungsweleens mehr der gewerkschaftliche Standpunkt in den Vordergrund gestellt wurde. Die Versammlung protestiert energisch gegen die Behauptung einzelner Prinzipale und Gewerbetreibenden, daß die Gehilfen künstlich mit ihren Leistungen zurückhielten. Die Gehilfenchaft ist sich vielmehr bewußt, daß sie jederzeit ihre Verpflichtungen gegenüber der Prinzipalchaft nachgekommen ist. Des weiteren spricht die heutige Versammlung den Delegierten für die Mithewaltung ihren Dank aus und erklärt, sich an dem Ausbau unfre Organisation sowie der Tarifgemeinschaft tatkräftig beteiligen zu wollen.“ Als Tagungsort der nächsten Bezirksversammlung bestimmte man wiederum Zwickau. — Der Versammlung ging vormittags eine Sitzung der Ortsvorstände mit dem Bezirksvorstande voran.

## □ □ □ □ □ Rundschau □ □ □ □ □

**Ferien!** In Gardelegen bewilligte die Buchdruckerei des „Kreisanzeigers“, Verlagsgesellschaft m. b. S., den Gehilfen bei 1 bis 3jähriger Geschäftszugehörigkeit 2, bei 3 bis 5jähriger 4, bei 5 bis 10jähriger 6 und bei über 10jähriger 8 Tage Ferien. Es ist dies um so anerkennenswerter, als die Gesellschaft erst seit einem Jahr im Besitze der Druckerei ist. In Otscha gewährt die Buchdruckerei Gebor Gößel dem Personale 3 und 2 freie Tage.

**Ferienverweigerung.** In Bries gewährt die Buchdruckerei der „Brieger Zeitung“ je nach Geschäftszugehörigkeit 2, 3 und 6 Tage Ferien.

**Meisterprüfung.** Vor der Handwerkskammer Stuttgart legte der Kollege Albert Hailer aus Sulz a. Neckar die Meisterprüfung ab.

**Offo Becker in Gehrten als Lehrherr vor Gericht.**

Der Erfurter Strafhammer hatte sich kürzlich der Buchdruckereibesitzer und Gegner jeder tariflichen Ordnung in unfrem Gewerbe, Offo Becker in Gehrten, wegen übermäßiger Ausnützung jugendlicher Arbeitskräfte zu verurteilen. Er hatte Lehrlinge und Arbeiterinnen im Alter von 14 bis 16 Jahren weiß über die zufällige Arbeitszeit bis spät in die Nacht hinein für sich arbeiten lassen. Ferner gewährte er den Jugendlichen anstatt der gesetzlichen halbstündigen Frühstückspause und Vesperpause nur eine Viertelstunde. Sogar den freien Sonntag gönnte er ihnen nicht; denn es wurde vor Gericht festgestellt, daß er sie zum Teil einige Stunden arbeiten ließ. Diese unerhörte Ausnützung jugendlicher Arbeitskraft hat der Angeklagte längere Zeit getrieben, denn die Fälle, die zur Verhandlung standen, fallen in die Monate November und Dezember 1912 sowie Januar 1913. Nachdem er zur Anzeige gebracht worden war, fand er in Gehrten recht milde Richter. Das dortige Schöffengericht verurteilte ihn zu Lage und schreibe 20 Mk. Geldstrafe. Der Anwalt legte Berufung ein. Der Verteidiger des Angeklagten meinte in der Verhandlung vor der Strafkammer, sein Mandant habe sich in Unkenntnis des Gesetzes befunden, als er die Knaben und Mädchen so übermäßig lange beschäftigte. Doch der Vorstehende erwiderte, daß Becker ja Gelegenheit gehabt hätte, die betreffenden Bestimmungen der Gewerbeordnung, die in den Betrieben ausüben müssen, zu studieren. Der Staatsanwalt behauptete, daß die Anklagebehörde mit der Berufung eine höhere Strafe erzielen wolle. Der Angeklagte lebe in recht guten Vermögensverhältnissen und das Urteil des Gehrter Schöffengerichts sei darum zu milde. Becker habe aus der Überarbeit der jugendlichen Arbeitskräfte diese geringe Geldstrafe doppelt und dreifach herausgeholt. Er beantrage darum 100 Mk. Geldstrafe. Das Gericht erkannte demgemäß.

**Öffentliche Meinung.** Der Präsident der Harvard-Universität, Professor Lawrence Lowell, hat vor kurzem das Problem der „öffentlichen Meinung“ in einer bedeutenden Rede behandelt und ihr zugeschrieben, daß sie die Politik mache und die Geschichte der Völker bestimme. Nach ihm ist die öffentliche Meinung die Ansicht, die die Mehrzahl der Bevölkerung aktuellen Fragen des öffentlichen Lebens gegenüber hegt. Es ist nicht immer die Meinung der geistig Hochstehenden, aber fast immer liegen ihr praktische Gesichtspunkte zugrunde, weil der gesunde Durchschnitt des Volkes mitten im Leben steht und am eigenen Leibe die Folgen zu spüren bekommt. Man sollte sie deshalb nicht gering schätzen, sondern im Gegenteil ihr einen größeren Einfluß einräumen und sie damit in gesunde Bahnen lenken. Man könnte natürlich nicht jeden einzelnen um sein Urteil befragen, aber wie man einen Kupferdraht etwa auf seine Tragfähigkeit prüft, indem man ein drausgeschmittenes Seilchen belastet, so sollte man auch Stichproben in bezug auf die öffentliche Meinung nehmen. In Amerika hat man in einer Anzahl von Staaten, z. B. in Lowell's Heimatstaat Boston, eine äußerst praktische Maß-

nahme getroffen. Wenn in diesen Staaten ein Gesetzentwurf die Kommissionen passiert hat und vor der Beratung im Plenum steht, erhält jeder Bürger das Recht, vorher seine Meinung darüber zu äußern und Abänderungsvorschläge zu machen. Von über 3000 Gesetzesbestimmungen, die in den letzten Jahren in Amerika erlassen sind, sind bis auf kaum 300 alle so der öffentlichen Kritik, die nur beratende Stimme hat, ausgesetzt gewesen, und in den weitaus meisten Fällen haben sie dadurch einschneidende, für das öffentliche Leben aber höchst praktische Änderungen erfahren. Also nicht Beiseiteziehung der öffentlichen Meinung, sondern Heranziehung derselben zu den verantwortungsvollen Aufgaben im Staatswesen mußte die Parole sein. Zum Gegen der Länder und Völker!

**Zur Werftarbeiterbewegung.** Der Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes hat nun zur Befriedigung der Werftarbeiterkreise eine außerordentliche Generalversammlung einberufen und zwar zum 8. und 9. August nach Berlin. Der Vorstand erblickt darin die einzige Möglichkeit, den großen organisatorischen Schwierigkeiten Herr zu werden.

**Arbeitsvermittlung für Offiziere im Handel und in der Industrie.** Der neue Kriegsminister hat den Handelskammern ein Schreiben zugehen lassen, worin er anregt, den verabschiedeten Offizieren im Handel und in der Industrie Stellen zu verschaffen, weil die staatliche Fürsorge für die mit Ausstich auf Anstellung im Zivildienst entlassenen Offiziere bei weitem nicht ausreicht. In seinem Schreiben heißt es u. a.: „... Vor allen Dingen erscheint es nötig, den Kreis der verabschiedeten Offiziere zugänglichen Stellen zunächst zu erweitern, und es ist dringend zu wünschen, daß geeignete Persönlichkeiten unter den verabschiedeten Offizieren auch in Bank-, Handels- und Industriezweigen verschafft oder ihnen hierzu wenigstens die Wege geebnet werden. In dem Bestreben, diese Angelegenheit zu fördern, gestattet sich das Kriegsministerium ergebenst die Bitte auszusprechen, auch im dortigen Bezirke dahin wirken zu wollen, daß den mit Ausstich auf Anstellung im Zivildienst verabschiedeten Offizieren der Zutritt zu geeigneten Stellen des Handels und der Industrie ermöglicht wird. Einer grundsätzlichen Offenhaltung bestimmter Stellen des gewerblichen Lebens für verabschiedete Offiziere dürfen wohl mancherlei Schwierigkeiten entgegenstehen, dagegen möchte es nicht zweifelhaft sein, daß Offiziere in Stellen, die besonderes Vertrauen, Dispositionstalent usw. mehr als kaufmännisches Wissen erfordern, vermöge ihrer Erziehung im Heere Gutes leisten werden.“ Diefem Vorschlage gegenüber dürfen die mit ihrem Patriotismus so oft und gern haushieren gehenden nationalen Handelsangestelltenverbände, Bankbeamtenvereine usw. sicherlich keine allzugroßen Sympathien entgegenbringen, und vielleicht erleben wir es auch noch, daß statt der bis jetzt amtierenden wissenschaftlich vorgebildeten Sekretäre der Unternehmerverbände Offiziere a. D. das Kommando übernehmen. Die Theorie vom „kriegerischen Typus“ des deutschen Volkes dürfte damit zweifellos auch für die zukünftige Gestaltung der wirtschaftlichen Kämpfe nicht nur eine Theorie bleiben, sondern sehr fühl- und sichtbare Gestalt annehmen.

**Doppelgängigkeit der christlichen Gewerkschaftsführer.** Der verlorene, durch den Streikbruch der christlichen Gewerkschaften zusammengebrochene Krefelder Färbereistreik läßt die dadurch am meisten kompromittierten christlichen Gewerkschaftsführer immer noch nicht zur Ruhe kommen. Sie wollen unter allen Umständen beweisen, daß der 17wöchige Kampf der Färber ein Kampf gegen die Interessen der Arbeiter gewesen sei, und daß der Streikbruch des christlichen Textilarbeiterverbandes eine ebenso nützliche wie notwendige Sache war. Die christlichen Vertreter loben ihre Taktik. So war es beim Bergarbeiterstreike, so ist es anlässlich des Färbereikampfes, so wird es bei kommenden Verrätereien der Zentrumschriften sein. Was bemerkenswert in den Artikeln der christlichen Organe ist, das ist die unverhohlene Freude, die über die Niederlage der Färber zum Ausdruck kommt. Aber interessant sind auch die Argumente, die gegen den Kampf der Färber ins Feld geführt werden. Wir möchten hier heute nur ein Beispiel anführen, um zu zeigen, wie unwahrscheinlich und zweifelhaft die Argumentationen der christlichen Organe und Führer gegen den Krefelder Streik sind. Als seinerzeit die Bocholter Weber zum Kampf ausholten, da haben die christlichen Führer starke Redensarten im Munde geführt, um den Textilarbeitern wie den Fabrikanten zu imponieren. Am aber auch zu zeigen, wie ein Kampf

geführt werden muß, wie in einer Versammlung der Redakteur der christlichen Textilarbeiterzeitung, Heutmann (einer der schlimmsten Beschimpfer und Kritiker des Krefelder Färbereiaustrittes), auf den Streik der Färber hin und sagte: „In Krefeld tobt ein Kampf der Textilarbeiter, der müßergütlich geführt wird. Seit 14 Tagen stehen die Färber im Streike. Nehmen Sie (die Bocholter Textilarbeiter) sich ein Beispiel an den Krefelder.“ Ist das nicht reichend! Ganze Fässer Tinte werden in den christlichen Redaktionsstuben verschrieben, um den Krefelder Ausstand und die Streikenden selbst herabzuwürdigen, ja, es wird der Streikbruch proklamiert, damit mit christlicher Hilfe die armen streikenden Färber zu Boden geworfen werden können und damit die Färbereibesitzer den Sieg davontragen. Aber wenn es sich um einen Streik im eignen christlichen Lager handelt, dann wird, um die Disziplin und die Solidarität der christlichen Kämpfenden zu erschöpfen, der Streik der freigewerkschaftlichen Färber als müßergütlich hingestellt, als ein Beispiel, das die christlichen Arbeiter nachahmen sollen. Eine solche Zweifelhaftheit muß noch erst gelacht werden, sie ist auch nur möglich bei den Schwarzgelben.

**Eine Genossenschaft für blinde Handwerker.** Die Fürsorgefähigkeit für Blinde, obwohl sie auch heute schon recht gut ausgebildet ist, weiß doch eine bemerkbare Lücke auf. Das Ziel der Blindenfürsorge ist, Blinde einem Berufe zuzuführen, der ihnen die wirtschaftliche Existenz sichert. Formmaler, Seltener, Bürstenbinden, Stroß- und Rohrflächel sind Tätigkeiten, die von vielen Blinden ausgeübt werden. Es fehlte bisher aber an einer Regelung des Einkaufs der von blinden Handwerkern benötigten Rohmaterialien und der Regelung des Verkaufs der hergestellten Produkte. Der Einkauf von Rohstoffen ist eine Tätigkeit, die meistens das gesunde Auge nicht entbehren kann. Der Warenkauf läßt sich von einem in seiner Beweglichkeit behinderten Geschäftsmann nicht leicht betreiben. Seht hat der würtembergische Blindenverein in Heilbronn eine Blindengenossenschaft m. b. H. zum Ein- und Verkauf für blinde Gewerbetreibende in das Leben gerufen. Die Anregung zu dieser Bewegung gab ein blinder Kaufmann. Diese erste Genossenschaft ihrer Art verlangt einen Geschäftsanteil von 20 Mk. und eine Kasse von 40 Mk. Die Geschäftsanteile werden mit 4 Proz. verzinst. Der Reingewinn wird unter die Genossenschaftler nach dem Verhältnis ihres Bezuges von Rohstoffen und ihrer Arbeitsleistung verteilt. Die Geschäftsführung liegt in den Händen eines Blinden und zweier lebender Vorstandsmitglieder. Auch dem Ausschussrat gehören Sehende und Blinde an. Bis her sind der Genossenschaft 65 Mitglieder beigetreten. In Heilbronn wurde eine Werkstatte eingerichtet, in der zehn blinde Handwerker beschäftigt werden. Diese eigene Werkstatte dient der Erledigung dringender und besonders schwieriger Bestellungen. Auch hier ist es wieder der Gedanke genossenschaftlicher Selbsthilfe, der den wirtschaftlich schwer Bedrängten Hilfe verpricht. Es wird nicht ohne Grund die Hoffnung gehegt, daß durch die genossenschaftliche Zusammenarbeit das Los der Blinden erleichtert wird.

**Briefkasten:**

**Glücksfall:** Daß vom Gulenbergbund ein Mitglied verleugnet wird, wenn es in einer tariffreien Druckerei konditioniert, dieses verleugnete Mitglied aber sogar einer maßgebenden Stelle gegenüber sich als Bündler ausgibt, ist ja wunderbarlich, aber bei diesen Wahrheits- und Tugendbolden nicht unmöglich. Wie überhaupt nichts. — F. Sch. in München: Sie können als 1885 Geborener nur durch Ablegung der Meisterprüfung die Befugnis zur Lehrlingsanstellung erlangen. — L. in Geseffinden: Mit bestem Danke quittieren wir die miserabel geschriebenen Manuskripte; sie werden voraussichtlich in der Schreckenskammer der Leipziger Ausstellung ihre Auferstehung erleben. — M. W. in Steffin: Fragen Sie, bitte, bei A. Siegel in München, Solzstraße 7, nach Neuerscheinungen auf jenem Gebiet an. — W. Fr. in S.: Die kleine Möbelwagenladung eingetroffen. Vor Nr. 88 aber nicht möglich. — E. M. in B.: Erkennen Ihren guten Willen gern an. Ausführung wollen Sie indes noch einige Wochen verschieben. Bei uns noch Hochdruck. Sauregurgelzeit völlig lagenhaft geworden. Mit August beginnt Aufarbeiten des Lagerbestandes, wird bis in den September hinein dauern. Gruß! — A. O. in S.: Daß es der Gulenbergbund mit der Berichterstattung über seine Generalversammlung so eilig hat und so wichtig damit tut, ist, wie Sie zutreffend

sagen, ein Zeichen der Hohlheit und der Schwäche zugleich. Die Mitglieder müssen sofort eingeleist werden; wenn sie dann zur Befragung kommen, hat man ihnen das Einverständnis mit der Generalversammlung schon entlockt. Unsere Mitglieder haben in ihrem eignen Ansehen Einladungen zu öffentlichen wie zu geschlossenen Versammlungen des Bundes zu ignorieren. Gegen die Hausagitation schützt man sich in verkehrten Gegenden nach der Art, wie Ungelehrer aus den Gebäuden vertrieben wird. Freund! Gruß! — Fr. C. in M.: Sie werden in der nächsten Nummer die Hamburger Provokation entsprechend beantwortet finden. Wie schon in dem Artikel über die Schnürdreherei gesagt, mußten wir noch über ein ganz wichtiges Moment informiert sein. Darüber Gemüßheit zu bekommen, ist erst nach Abschluß dieser Nummer möglich gewesen. — M. B. in S.: Also klappt alles! — K. A. in N.: Einverstand mit Thema. Jedenfalls abends 10,23. — M. J. in S.: Selbstverständlich ist ein solches Benehmen der Firma Bial & Freund absolut nicht zu billigen. Wir werden noch kurze Zeit warten, ob noch andre Beschwerden eingehen und dann ernstliche Vorstellungen erheben. Das Weitere wird sich danach finden. Freund! Gruß! — rm. in Dr.: Diffe Ladung auch eingegangen. Nun heißt es Luft machen. Es hat sich viel angesammelt, wird daher noch einige Zeit vergehen. — Nach G.: Freund! Dank für Überlegung! — S. Schw. in L.-G.: Geduldigen Sie sich noch einige Tage. Sind jetzt zu sehr mit wichtigen Angelegenheiten beschäftigt. Werden Ihnen dann schreiben. — D. W. in Polen: 2,15 Mk. — A. S. in B.: Selbstverständlich soll dem Manne das Handwerk gelegt werden. Sogar bald, vielleicht in übernächtlicher Nummer. — M. N. in Naumburg: 2,15 Mk.

**Verbandsnachrichten**  
Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamißplatz 5 II.  
Fernsprecher: Amt Kurfürst, Nr. 1191.

**Markneukirchen.** Die verehrlichen Funktionäre werden gebeten, den Seher Ernst Köhler aus Altenburg (S.-M.), [Hauptbuchnummer 92121], darauf aufmerksam zu machen, daß er seinen Verpflichtungen dem hiesigen Gastwirte Gustav Stöb gegenüber unverzüglich nachkommt, eventuell seine Adresse an E. Söhner hier, Albersstraße 136, einliefert.

**Adressenveränderungen.**

**Diffriesland** (Bezirk) [Vorort Emden]. Vorsitzender: S. Bräuer, Emden-Wolfsfen, Treckfahrtsweg 27; Kassierer: Wilhelm Morik, Emden, Stiefelstraße 14.  
**Kofenheim.** Vorsitzender: Joseph Niederlechner, Giltlerstraße 5 III.

**Zur Aufnahme gemeldet**

(Eingewandungen innerhalb 14 Tagen an die beigelegte Adresse):  
In Wien der Seher Fritz Reppin, geb. in Welschfels a. S. 1872, ausgel. das. 1890. — Franz Lagler in Wien VII/1, Seidengasse 17.

**Arbeitslosenunterstützung.**

**Brieg.** Das Blatt für Durchreisende wird in der Druckerei Löwenthal ausgegabt.  
**Bad Wildungen.** Das Blatt für am durchreisende Kollegen wird nur in der Buchdruckerei von Ernst Funk vom Kollegen Karl Schüller ausgegabt.

**Versammlungskalender.**

**Dortmund.** Bezirksversammlung Sonntag, den 24. August, in Saan. Anträge bis 14. August an den Vorsitzenden.  
**Frankfurt a. M.** A. M. A. in der Meisterversammlung Freitag, den 1. August, abends 8 Uhr, im Saale A und B des „Gewerkschaftshauses“, Eingang Stoltestraße.

**Verband der Vereine der Buchdrucker und Schriftgießer und verwandter Berufe Österreichs.**

**Klagenfurt.** Die Herren Verbandsfunktionäre werden freundlichst erucht, die Adresse des Sebers Karl Hartmann (Buchnummer 3274, Mittelrhein), an den Obmann Joseph Pichler bekanntzugeben.

**Junger tüchtiger Stempelschneider** in Stahl und Zeug bewandert, wünscht sich sofort oder später zu verändern. Gefl. Offerten unter O. M. 150 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

**160 Inzeratenmuster 60 Pf.** Inzerat. Sammlungen zeigen. Vorlagen a. d. Praxis.

**100 Anzeigenvorlagen 60 Pf.** Prima Referenzen. In laufenden Exempl. verbrieft. Verlag G. Wendands, Buchdruckerei, Bonn a. Rh.

Heildreie von Friedrich Brennecke, Buchdrucker, aus Waldshut (Baden) erblickt Emil G. L., Monteur in Lawil, Kanton St. Gallen (Schweiz). Kosten werden gern vergütet. [145]

**Verbandshymne**  
Dichtung von Willi Krahl / Komp. von Alfred Schwechert / Mit kleinerer Drucker- oder Pianofortebgl. / Verlag: Radeßki & Sille, Leipzig

**Festhymne**

**Lebens- u. Genussmittel**  
sind unerschwinglich teuer, deshalb verlangen Sie

**Vorzugs-Preisliste**  
und bestellen Sie Probefendung von **Max Müller & Co.**, G. m. B. H. Berlin N 39, Müllerstr. 166 a. Kaffeebörserlei und Lebensmittelverhandlung in Fabriken.  
Lieferung nach allen Orten per Bahn franko. Besteller für Buchhandlungen:  
**P. Schrader, Schriftf., Berlin SO, Parzerstr. 119.**

**Richard Härtels Bucherverband**  
(K. Siegl), München 2, Holzstraße 7. Fachliteratur, Werke, Musikalien u. Theaterstücke. Katalog unentgeltlich und frei.  
Kleines Fremdwörterbuch, Von J. C. A. Meyje. Geb. 1,20 Mk.  
Lehrbuch der Buchdruckerkunst, Von Aug. Müller. Geb. 6 Mk.  
Der Faktor. Ein praktischer Ratgeber für Fabrikanten und solche, die es werden wollen. Geb. 4 Mk.

**H. MATHAEUS**  
DESSAU  
Flössergasse 46  
Katalog gratis u. fr.

Zeilenmaß E. Fritz, Frankfurt am Main 3.

In der Nacht zum Mittwoch, 23. Juli, entfallen fünf auf einer Geschäftreise in Ferner unter lieber Kollege und Mitarbeiter, der Abteilungsleiter der Stereotypie, Herr [149]

**Hermann Thormeyer**  
im 48. Lebensjahre.  
Sein aufrichtiger und wahrer Charakter sichert ihm ein bleibendes Andenken.  
Das Personal der „Deutschen Tageszeitung“, Berlin.

**Anlebsam verpätet!**  
Am 15. Juli verstarb plötzlich und unerwartet unser liebes Mitglied, der Seher **Willi Kröpich**  
im 33. Lebensjahre. [147]  
Ehre seinem Andenken!  
Bezirksverein Naumburg a. S.

Am 22. Juli verstarb hier nach langem, schwerem Krankenlager unser Mitglied, der Seher **Leo Kempinski**  
im Alter von 34 Jahren.  
Wir werden sein Andenken in Ehren halten.  
Ortsverein Posen. [148]